



**Protokoll der 10. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 20. April 2016, 18:00 Uhr im Rathaus**

- Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel
- Namensaufruf:** 36 anwesende Mitglieder
37 anwesende Mitglieder (ab 18.15 Uhr)
- Entschuldigt:** Gemeinderäte Christoph Keller, Fredi Marty, Mario Weber
- Mitanwesend:** 4 Stadtratsmitglieder
- Entschuldigt:** Vizepräsidentin Christa Thorner
- Gemeinderatssekretärin Stv.:** Suzanna Moser

- - -

Traktanden

- 54 Mitteilungen
- 55 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2015-2019
(Nachfolge von Caroline Schmied, Fraktion FDP)
- 56 Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung
- 57 Interpellation betreffend "Künftige Nutzung der Stadtkaserne als Verwaltungsgebäude" der Gemeinderäte Stefan Geiges, Andreas Elliker und der Gemeinderätin Susanna Dreyer
ev. Diskussion
- 58 Botschaft Festsetzen der Stadtbustarife per Dezember 2016
Eintreten, Materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich weise Sie darauf hin, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Auf unserem Gemeinderatsausflug ins Basler Rathaus konnten wir viele eindrückliche Spruchweisheiten und Inschriften bewundern. Gern gebe ich Ihnen hier drei kleine Zitate wieder: „Öffentliche Persönlichkeit – lege die private ab.“ Das will heissen, wenn du ins Rathaus gehst, lass deine Person zu Hause. „Das Wohl des Volkes steht über allem.“ Und als Letztes: „Per aspera ad astra.“ Frei übersetzt: Der Weg nach oben führt oft über viele Mühsale, was wir heute nicht hoffen. Denken wir aber daran, dass die Voten eher zu wägen sind, sie können also gewertet werden, wohingegen eine Stimme nur gezählt wird.

Ganz herzlich willkommen heissen möchte ich unser neues Ratsmitglied Frau Barbara Dätwyler. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und Spass im Gemeinderat. Ebenso wieder herzlich willkommen Frau Gemeinderätin Monika Landert nach ihrem Sabbatical. Ich freue mich, dass Sie wieder unter uns sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 36 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19 Stimmen.

Für Gemeinderat Mario Weber benötigen wir einen Ersatz ins Ratsbüro.

Gemeinderat Heinrich Christ, Präsident der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir schlagen Ihnen Gemeinderat Benjamin Stricker vor.

Abstimmung

Gemeinderat Benjamin Stricker wird einstimmig ins Ratsbüro gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Ich stelle somit die Tagesordnung zur Diskussion. – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

54

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:

1. Mit Beschluss Nr. 80 genehmigt der Stadtrat die Demission von Gemeinderat Jürg Senn per 31. Juli 2016. Als sein Nachfolger ist Romeo Küng ab dem 1. August 2016 gewählt.
2. Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 92 die einfache Anfrage von Gemeinderat Peter Wildberger betreffend „Einbau Wasserrad im Murg-Auen-Park“ beantwortet, welche am 23. März 2016 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet worden ist.

3. Ebenfalls am 23. März 2016 wurde eine einfache Anfrage von Gemeinderätin Christa Zahnd im Extranet zugänglich mit dem Titel „Stadtkaserne Frauenfeld“.
4. Es wurde Ihnen eine Einladung zur 5. Sitzung der GPK Finanzen und Administration vom 3. Mai zugestellt. Die Sitzung ist fakultativ für die Nicht-GPK-Mitglieder.
5. Die Rekursfrist betreffend kommunale Volksinitiative „Frauenfelder Wohninitiative und Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum als indirekter Gegenvorschlag Antrag 1 die kommunale Volksabstimmung die Frauenfelder Wohninitiative wird gültig erklärt“, ist unbenutzt abgelaufen.
6. Auch die Referendumsfrist betreffend der Gesamtrevision des Baureglements ist am 4. April 2016 ebenso unbenutzt abgelaufen.
7. Das Amt für Freizeitanlagen und Sport steht gemeinsam mit dem Hochbauamt am Anfang der Planung für die anstehende Sanierung des Hallenbads. Damit sich alle Stadt- und Gemeinderäte ein Bild vom heutigen Zustand der 44-jährigen Anlage machen können, werden zwei Abende für eine Begehung vorgeschlagen. Während dieser Führung soll ein Blick hinter den Kulissen aufzeigen, welche Themen in die Planung einfließen werden müssen. Eine entsprechende Terminumfrage wird durch Suzanna Moser erfolgen.
8. Gemeinderat Sandro Ern  hat heute eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel „Liegenschaftsplanung der Stadt Frauenfeld“.
9. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 99 ist die einfache Anfrage betreffend „Geldflüsse Stadt Wärme Frauenfeld AG“ der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges durch den Stadtrat beantwortet und am 14. April 2016 im Extranet zugänglich gemacht worden.
10. Die einfache Anfrage von Gemeinderat Robert Zahnd mit dem Titel „Arbeitsvergaben bei der Stadtentwicklung, Standort- und Wirtschaftsförderung“ ist mit Stadtratsbeschluss Nr. 100 am 12. April 2016 beantwortet worden.
11. Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass und Gemeinderat Heinrich Christ haben eine Motion eingereicht mit dem Titel „Aufenthalts- und Reisequalit t, Sicherheit und Werterhalt im Herzen von Frauenfeld“.
12. Gemeinderat Robert Zahnd hat eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel „Leinenpflicht für Hunde“.
13. Gemeinderat Andreas Elliker – Sie waren alle fleissig – hat eine einfache Anfrage eingereicht. Der Titel lautet „Sackgassen auf Fusswegen im Westen von Frauenfeld“.
14. Gemeinderat Stefan Geiges hat eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel „Zentrumsnahe Stadtentlastung“.
15. Auch von Gemeinderat Stefan Geiges kommt eine einfache Anfrage mit dem Titel „Bahnhof Frauenfeld Ost (S-Bahn-Anschluss)“.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 93 vom 5. April 2016 das Abstimmungsdatum für den Kredit von CHF 5 Mio. für die Übernahme der Basisinfrastruktur der Wärme Frauenfeld AG durch die Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld auf den 5. Juni 2016 festgelegt. Am 13. April 2016 wurde der Stadtrat informiert, dass der Stadtrat von Winterthur in Sachen Beteiligung an der Wärme Frauenfeld AG eine Administrativuntersuchung eingeleitet hat. Dadurch kann die Übernahme der Contracting-Anlagen durch das Stadtwerk Winterthur – ein wichtiger Bestandteil der vom Stadtrat angestrebten künftigen Lösung – zurzeit nicht rechtsverbindlich vorangetrieben werden. Basierend auf den Ergebnissen der Administrativuntersuchung, soweit sie für Frauenfeld von Bedeutung sind, wird der Stadtrat zu gegebener Zeit eine Lagebeurteilung vornehmen. Der Stadtrat hat deshalb gestern beschlossen, den Stadtratsbeschluss Nr. 93 vom 5. April 2016 wieder aufzuheben und ein Abstimmungsdatum erst dann wieder in Erwägung zu ziehen, wenn die Ergebnisse der Administrativuntersuchung vorliegen. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Besten Dank.

Gemeinderat Christoph Regli: Meine persönliche Erklärung entfällt aufgrund des Votums des Stadtpräsidenten, weil es mir darum ging, Vertrauensbildung innert kürzester Zeit betreiben zu können. Denn was jetzt vorhanden ist, ist massiv wenig Vertrauen. Ich habe einige Vorschläge aufgeschrieben, was man machen sollte und welche Fragen noch beantwortet werden müssen. Aber wir haben jetzt keine zeitkritische Situation mehr, daher denke ich, ich verzichte auf die persönliche Erklärung. Ich übergebe dem Stadtrat meine Meinungen und erwarte dazu eine Reaktion, sonst werde ich sicher mit einem entsprechenden Instrument wieder aktiv werden. Sorry für die Störung.

55

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Es geht um die Nachfolge von Caroline Schmied, Fraktion FDP. Die Fraktion FDP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für das Wahlbüro.

Gemeinderat Jörg Schläpfer, Präsident der Fraktion FDP: Die Fraktion der FDP schlägt Ihnen Frau Olivia Schmied vor. Sie hat Jahrgang 1997 und ist wohnhaft am Fuchsweg 28.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Wahl vorliegend offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Frau Olivia Schmied ist vorgeschlagen.

Abstimmung

Olivia Schmied wird einstimmig gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Das ist einstimmig. Ich gratuliere Frau Schmied zu ihrem neuen Job und wünsche ihr viel Glück.

56

REGLEMENT ÜBER DIE FÖRDERUNG VON PREISGÜNSTIGEM WOHNRAUM

Redaktionelle Beratung und Schlussabstimmung

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die redaktionelle Fassung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum der Redaktionskommission ist am 18. April 2016 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet worden und liegt Ihnen auch auf Ihren Plätzen auf. Die Korrekturen sind rot eingetragen. Das Geschäft wurde an der letzten Sitzung abschliessend materiell besprochen. Es geht heute um eine reine Formsache.

Gemeinderätin Monika Landert, Referentin im Namen der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat das Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum

im Beisein der Gemeinderatssekretärin Heidi Arnold beraten. Wir schlagen Ihnen einige kleinere Anpassungen gemäss Tischvorlage vor.

Zum einen bei Art. 9: Den Gebrauch des korrekten Terminus Rechenschaftslegung, das Gleiche natürlich dann auch im Inhaltsverzeichnis.

Bei Art. 10: Die Anpassung an den Genitiv, zudem wird das Absatzzeichen nach dem Doppelpunkt durch die Ratssekretärin noch durch einen Zeilenumbruch ersetzt werden.
Und schliesslich bei Art. 11 Abs. 1: Die Einfügung des Worts „zum“ zwecks klarerer Verständlichkeit.

Abstimmung

Die bereinigte Fassung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Anlässlich der Beschlussfassung zum Reglement wurde das Behördenreferendum am 16. März bereits ermittelt. Es ist nicht zustande gekommen. Möchte jemand, dass heute nochmals darüber abgestimmt wird?

Gemeinderat Christoph Tschanen: Ja gern, ich beantrage die Abstimmung.

Abstimmung

Das Behördenreferendum kommt mit 7 Stimmen nicht zustande.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die Referendumsfrist von 45 Tagen betreffend Art. 3 der Botschaft wird entsprechend publiziert. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt am 21. April und endet am 6. Juni 2016.

Ich begrüsse jetzt Gemeinderat Pascal Frey. Somit sind wir 37 Anwesende. Das absolute Mehr beträgt immer noch 19 Stimmen.

57

INTERPELLATION BETREFFEND "KÜNFTIGE NUTZUNG DER STADTKASERNE ALS VERWALTUNGSGEBÄUDE" DER GEMEINDERÄTE STEFAN GEIGES, ANDREAS ELLIKER UND DER GEMEINDERÄTIN SUSANNA DREYER

Ev. Diskussion

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die Interpellation, welche an der Gemeinderatssitzung vom 13. Januar 2016 eingereicht worden ist, wurde mit Stadtratsbeschluss Nr. 79 am 15. März 2016 beantwortet. Die stadträtliche Beantwortung wurde am 17. März 2016 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Ebenso steht uns das Protokoll der 5. Sitzung der Spezialkommission Frauenfeld 2030 vom 16. Februar 2016 zur Verfügung.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im Namen der Interpellanten: Da ich heute schon im Kantonsrat mit diesem Mikrofon geübt habe, versuche ich es trotzdem mit Ablesen.

Der Stadtrat hat unsere Interpellation vom 13. Januar 2016 am 15. März 2016 beantwortet. Im Namen der Interpellanten Susanna Dreyer, Andreas Elliker und mir, danken wir dem Stadtrat für seine Antwort und die Unterlagen.

Meine Damen und Herren Gemeinderäte, wieso machen wir in letzter Zeit so viele parlamentarische Vorstösse. Haben wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu viel Zeit? Oder kann es sein, dass der Stadtrat uns Gemeinderäte für unnötig hält? Kann es sein, dass der Stadtrat nicht glaubt, dass man auch mit uns ein Ziel erreichen kann? Kann es sein, dass der Stadtrat glaubt, wenn er uns miteinbindet geht ihm etwas verloren ? Oder könnte es sein, dass wir für den Stadtrat nützliche Infos und Tipps geben könnten.

Könnte es sein, dass wir den Stadtrat in seiner Tätigkeit als Exekutive unterstützen könnten. Könnte es sogar sein, dass wir gemeinsam wieder einmal ein Ziel anstreben und es auch erreichen.

Fangen wir doch an, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, und stimmen Sie meinem Antrag auf Diskussion zu, damit wir unsere Meinung zur Kasernenübernahme darlegen können und der Stadtrat unsere Worte auch aufnimmt.

Gerne teilen wir Ihnen mit, was wir Interpellanten zur Antwort sagen.

Ich beantrage Diskussion.

Abstimmung

Die Diskussion gemäss Gemeindereglement Art. 44 Abs. 3 wird einstimmig gewünscht.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im Namen der Interpellanten: Im Namen der Interpellanten möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Fangen wir mit der Philosophie des Stadtrates an: Wieso fragt unser Stadtrat 100 Einwohnerinnen und Einwohner von rund 24'000 Einwohnerinnen und Einwohnern, wie man unsere Stadtkaserne in Zukunft nützen sollte? Dies in Prozenten ausgedrückt: Wieso fragt der Stadtrat 0.4 % der Frauenfelderinnen und Frauenfelder und macht einen Workshop wo sich jeder einbringen kann. Dies entspricht 2.5 Personen auf 40 Gemeinderäte.

Wenn man bedenkt, dass die geringste Stimmenzahl für einen gewählten Gemeinderat 661 Stimmen sind und die meisten unter uns weit über tausend Stimmen erhalten haben, so habe ich rein philosophisch betrachtet ein mathematisches Problem!

Die Antwort darauf ist der Einbezug der Spezialkommission „Frauenfeld 2030“. Hier habe ich nachgefragt, ob ev. unsere Teilnehmer zu bequem waren oder ob die nötigen Informationen nicht richtig flossen. Ich glaube hier müssen wir sicher auch eingestehen, dass wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mehr hätten machen können. Es wurde aber auch klar, dass in dieser Spezialkommission sicher die Möglichkeit zu Fragen bestand, ein aktiveres Mitarbeiten war aber schon aus Zeitgründen nicht möglich!

Von der Philosophie zu meinen Emotionen:

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort unter Ausgangslage:

Ich zitiere: „Der Stadtrat will die Siedlungs- und Verkehrsdynamik aktiv steuern.“ Hier beginnen für mich die Emotionen. Als Unternehmer bin ich mich gewöhnt zu steuern! Aus meiner Sicht ist das Steuern des Stadtrates in letzter Zeit weder in der Verkehrspolitik noch in Teilen der Siedlungspolitik wirklich erfolgreich gewesen. Wir Interpellanten sind der Meinung, dass der Stadtrat nicht steuert, sondern Steuern lässt. Aus unserer Sicht ist es richtig allen zuzuhören auch dem Gemeinderat, es ist aber auch wichtig, dass nicht die Berater entscheiden sondern der Stadtrat. Hier werden wir das Gefühl nicht los, dass man soweit beraten wurde, bis für alle etwas dabei ist. So kann jeder ja sagen. Sie sehen, wir Interpellanten haben eigentlich kein Problem, wenn der Stadtrat aktiv steuert, nur sollte er aus unserer Sicht allen zuhören und dann selber entscheiden.

Dies war der emotionale Teil, welcher einem Interpellanten auch manchmal zusteht.

Nun zu den Fakten und unserer Meinung: Wir sind der Meinung, dass die Auflistung viel zu detailliert ist und zu weit geht, wenn man schon jemanden sagt, er solle etwas entwerfen, dann sollte man nicht im gleichen Atemzug sagen was er zu machen hat. Wir sehen die Problematik, dass man jetzt wieder alles vermischt.

Für uns kommen für die bestehende Kaserne folgende Varianten in Frage: Wir erstellen einen wirklichen Crack, ich nenne als Beispiel das KKL in Luzern, um so etwas zu erstellen braucht es in erster Linie Menschen die mit dem ganzem Herzen dahinter stehen und dies bis zum Schluss mit grossem Aufwand vorantreiben.

Als zweite Variante sehen wir eben ein Verwaltungsbau, den kann man rechnen und kalkulieren. Hier kann man die Bedürfnisse schnell abklären und auch umsetzen, vorausgesetzt man will. Dass der Kanton jetzt einen grossen Bedarf hat ist ein Glücksfall. Für diesen Bau braucht es auch etwas weniger Herzblut und Einsatz.

Gegen eine Mischnutzung spricht und dies wird ja im Bericht erwähnt, je grösser die Mischung desto grösser die einzelnen Bedürfnisse und daraus entstehen die vielen Konfliktmöglichkeiten. Wir sehen dies am Beispiel unserer Altstadt. Hier wollen wir ja auch wohnen, flanieren, einkaufen und Gaststätten auf einen Nenner bringen.

Ein zweiter Grund wieso ich persönlich gegen eine zu grosse Mischnutzung bin, ist meine Erfahrung als Bauunternehmer. Meine Damen und Herren, wir haben uns all die Vorschriften auferlegt in den Bereichen Wärmedämmung oder eben Minergie, im Bereich der Sicherheit und so weiter. Ich will diese Massnahmen nicht werten. Sie sind aber der Grund, weshalb heute ein öffentliches Gebäude extrem teuer wird. Wenn wir heute das Eisenwerk nach den neuen Vorschriften Totalsanieren würden, hätte unsere Kultur Mühe, darin zu überleben, da die Kosten zu gross wären. Oder anders gesagt, wenn wir die Kaserne nach den neuen Vorschriften umbauen würden, und im Umbau einen Mittagstisch für Kinder einrichten würden, käme es wahrscheinlich billiger wenn wir die Kinder gleich ins Restaurant verfrachten.

Dies sind für uns die wesentlichen Fakten. Sicher hätten wir ein Referat von Stunden vortragen können. Wenn es den Stadtrat im Detail interessiert, sind wir gern zu Gesprächen bereit. Jedoch nicht zu Diskussion in denen es nur darum geht, uns zu sagen, dass dies alles nicht geht.

Geschätzter Stadtrat, im Namen der drei Interpellanten bitte ich Sie, nehmen Sie unsere Ideen und Voten auf! Sie können jetzt gleich alles in Frage stellen und unsere Aussagen widerlegen, oder Sie machen es wie die guten Herrscher, die allen zuhören und dann erst entscheiden!

Gemeinderat Robin Kurzbein, Referent im Namen der Fraktion Grüne/Grünliberale/CH:

Ich möchte mich beim Stadtrat für die klare und informative Beantwortung der Interpellation bedanken. Das Bestreben der Interpellanten, mit dem Kanton einen verlässlichen Arbeitgeber und Partner an Bord zu holen, ist an sich wohl wirtschaftlich und praktisch gedacht. Die Idee eines Verwaltungszentrums ist aber nicht das Beste für die städteplanerische Entwicklung des Areals Stadtkaserne und entspricht auch nicht den Wünschen der Bevölkerung. Im Interesse des Kantons stellt der Stadtrat in der Beantwortung klar, dass bereits vor Juni 2013 Bedürfnisabklärungen mit der Liegenschaftsverwaltung des Kantons Thurgau vorgenommen wurden und die Stadt das Gespräch mit dem Kanton weiterführen möchte. Weiter ist in der Interpellation nachzulesen, dass der Kanton aktuell ein neues Verwaltungsgebäude plant, ein eigener Projektwettbewerb wird bald durchgeführt. Wenn ich diese Punkte addiere, bestätigt es den Eindruck, dass der Kanton selbst kein oder kein grosses Interesse daran hat, ein neues Verwaltungszentrum am Standort Stadtkaserne aufzubauen, sonst hätte er wohl schon selbst angefragt und erste Schritte eingeleitet. Uns allen liegt die Stadt und deren räumliche Entwicklung am Herzen. Und mit den frei werdenden zentrumsnahen Arealen kommt eine einmalige Gelegenheit auf uns Frauenfelder zu, die Stadt zu entwickeln und das Frauenfeld der Zukunft mitzugestalten. Die Bevölkerung durfte ihre Ideen an der öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 28. November 2015 einbringen, wir alle waren miteingeladen. Und wir durften es ebenfalls mittels Online-Befragung. Dafür an dieser Stelle grossen Dank an die Stadt. Die Veranstaltung war gut geführt, die Stimmung angeregt und positiv, man konnte mit unterschiedlichen Leuten zusammen am Tisch sitzen, tolle Ideen generieren und sich anschliessend in die Begleitgruppe des städtebaulichen Ideenwettbewerbs einschreiben. Das Ergebnis: Eine zukunftsgerichtete Mischnutzung soll es sein, ein öffentlich zugänglicher und pulsierender Ort. Dies sagt sowohl die Bevölkerung als auch der Stadtrat und das ist auch in unserem Sinn. Und stellen Sie sich das Areal Stadtkaserne als künftigen Ort der Begegnung und neues Verbindungselement zur Vor- und Altstadt vor, als Ergänzung und Alternative zur Passage beim Adlerlift und somit ein Beitrag zur Aufwertung der Vor- und Altstadt. Und in dieses ganze Bild passt unserer Meinung nach die Idee eines Verwaltungszentrums nicht, wo nach Feierabend Licht aus ist und tote Hose herrscht. Abgesehen davon drängen sich die Räumlichkeiten der Stadtkaserne in ihrer Beschaffenheit wohl nicht besonders für Büronutzungen auf. Vielmehr möchten wir auch dazu anregen, hier gross zu denken und kreative Lösungen mit in Betracht zu ziehen. Schliesslich hat man mit diesem Areal städteplanerisch eine Riesenchance, die genutzt werden will. Die kommenden Generationen werden es danken.

Gemeinderätin Susanna Dreyer, Referentin im Namen der CVP/EVP-Fraktion: Die Fraktion CVP/EVP hat in ihrer letzten Sitzung ausgiebig über die künftige Nutzung der Stadtkaserne diskutiert und möchte dem Rat die gewonnenen Erkenntnisse wie folgt präsentieren:

Die Stadtkaserne als historisches Gebäude sollte erhalten bleiben. Aus diesem Grund sind wir angewiesen auf langjährige, sichere und zahlungsfähige Mieter wie zum Beispiel die Kantonsverwaltung. Diese benötigt ja, wie wir wissen, mehr Büroräumlichkeiten. Mit dieser Konstellation wären die hohen Kosten der Renovations- und Umbauarbeiten gedeckt und das Risiko minimiert. In der Beantwortung vom 15. März 2016 hat der Stadtrat bestätigt, dass er vom Kanton noch keine Antwort erhalten hat. Hat er diese in der Zwischenzeit erhalten? Und wenn ja, wie ist diese ausgefallen? In der Beantwortung unserer Interpellation schreibt der Stadtrat, dass die Stadtkaserne zu einem öffentlich zugänglichen, pulsierenden Ort werden soll. Was stellt sich der Stadtrat unter „pulsierenden Ort“ vor? Bestehen da schon konkrete Ideen? Denn auch wir wün-

schen uns einen attraktiven Ort. Wenn ich aber auf Seite 20 und 21 der Unterlagen des städtebaulichen Ideenwettbewerbs die Präqualifikation und die Richtwerte lese, finde ich keine pulsierende Idee. Zudem ist die CVP/EVP-Fraktion der Meinung, dass die Ideen auch schon eng gefasst und vorweggenommen worden sind. Dabei stellt sich auch die Gretchenfrage: Was geschieht mit den Antworten vom Ideenwettbewerb? Werden diese im stillen Kämmerlein, im Gemeinderat oder in der Öffentlichkeit bearbeitet? Aus unserer Sicht hat es folgende wunden Punkte und wir erwarten vom Stadtrat:

1. Dass er die Führung wahrnimmt. Das heisst für uns, dass er die Berater hinzuzieht, diese aber kritisch hinterfragt und die Entscheidungen in eigener Verantwortung fällt und mit eigenen, verständlichen Worten kommuniziert und die Entscheidungen dabei auch begründet.
2. Es darf dort kein Gemischtwarenladen entstehen. Aber wir sind nie davon ausgegangen, dass es, wie Gemeinderat Robin Kurzbein sagt, ein Verwaltungszentrum sein soll.
3. Die Kosten müssen transparent sein und dürfen von der Gemeindeordnung nicht abweichen.
4. Von Anfang an muss die Wirtschaftlichkeit das nötige Gewicht haben und dann sowohl beim Bau, bei der Betreuung und im Unterhalt im Auge behalten werden.
5. Uns fehlt die klare Vorstellung, wohin der Stadtrat will und ob er das auch selbst weiss.
6. Es kann ja nicht sein, dass der Stadtrat Tür und Tor öffnet, indem er nebst den Beratern 100 Frauenfelderinnen und Frauenfelder zur Ideenfindung einlädt für die Nutzung der Stadtkaserne, nicht aber den 40-köpfigen Gemeinderat. Wir raten dem Stadtrat dringendst, den Gemeinderat in die Entscheidungen miteinzubeziehen. In diesem Sinn freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Gemeinderat Sandro Erné, Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Mitglieder der Fraktion FDP haben die Beantwortung des Stadtrats über die Interpellation „Künftige Nutzung der Stadtkaserne als Verwaltungszentrum“ diskutiert. Wir bedanken uns für den übersichtlichen Bericht. Nach der öffentlichen Veranstaltung zur Ideensammlung für die künftige Nutzung der Stadtkaserne Ende November 2015 kristallisierte sich heraus, dass eine Mischnutzung im Sinn der Bevölkerung wäre. Das Volk möchte, dass dieser Stadtteil in Zukunft lebt und zur Attraktivität Frauenfelds beiträgt. Eine Mischnutzung lässt sich aus Sicht der Fraktion FDP auch in Etappen realisieren. Eine reine Nutzung als Verwaltungszentrum, wie es in der Interpellation erwähnt ist, lehnt die Fraktion FDP klar ab. Dies würde abends und an Wochenenden zu einer Schlafimmobilie führen und das in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs. Dies kann deutlich nicht im Sinn der Bevölkerung sein. In den Aufgabenstellungen zum Architekturwettbewerb, zu welchem die Bewerbungsfrist momentan läuft, sind die verschiedenen zu beachtenden Kriterien klar aufgelistet. Darin ist zu entnehmen, dass im Kopfbau neben Museum, Hotellerie und Schulungszentrum auch Verwaltungs- und Büroräume vorgesehen sind. Der Stadtrat hat den Punkt Verwaltung also keineswegs missachtet. Ebenfalls ist zu entnehmen, dass die Parkmöglichkeiten hauptsächlich im Untergrund stattfinden sollen. Der Stadtrat hat im Vorfeld und wird auch in Zukunft den Austausch mit dem Kanton und den Eigentümern des Areals pflegen. Die armasuisse und die Bürgergemeinde begleiten gar den Wettbewerb. Dass der Gemeinderat seitens der Interpellanten zu spät über das Vorgehen bei der Stadtkaserne informiert wurde, kann die Fraktion FDP nicht bestätigen. Die im 2013 entstandene Spezialkommission Frauenfeld 2030 behandelt dieses Thema an ihren Sitzungen von Beginn weg. Der Gemeinderat ist mit einer hohen Anzahl parteiübergreifenden Teilnehmern in dieser Kommission auch vertreten. Aus Sicht der Fraktion FDP ist das Vorgehen zur Findung einer zukünftigen Nutzung und der Inhalt des Wettbewerbs sinnvoll gewählt worden. Nun liegt es an den innovativen Köpfen und dem Feingefühl der Wettbewerbsbegleiter, herauszufinden, wie die beste Lösung aussehen und präsentiert werden soll.

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Zuerst ein Wort zu mir als Interpellant: Ich bin der Ansicht, dass das Areal der Stadtkaserne kein Risikokapital der Stadt Frauenfeld werden darf. Mit dem Anliegen, die Stadtkaserne als Verwaltungsgebäude zu nutzen, wollen wir eine sichere Nutzung sicherstellen, die wenig wirtschaftliche Risiken mit sich bringt. Es ist zwingend, dass das Kasernenareal wirtschaftlich genutzt werden kann und nicht ein Kostenverursacher der Stadt Frauenfeld wird. Das Interessante der Beantwortung der Interpellation war, dass uns noch ein 31-seitiger Bericht beigelegt wurde. Es wurde in diesem Bericht die Agro Food Innovation Park sehr stark erwähnt. Uns wurde der Bericht am 13. März 2016 zugestellt. Geschätzter Herr Stadtpräsident, ich kann Ihnen nicht glauben, dass Sie mit einem Nein an der Urne gerechnet haben, so wie dieser Bericht verfasst ist. Es ist auch sehr unschön, dass verschiedene Geschäfte vermischt werden. So war ein Teil des Gelds der AFIP-Vorlage für die Arealentwicklung des Kasernenareals gedacht. Woher wussten dies die Stimmbürger und die Gemeinderäte? Wir bitten den Stadtrat, in Zukunft solche Päckli zu unterlassen. Es fördert das Vertrauen gegenüber Ihnen nicht. Wenn Sie für dieses Geschäft von Anfang an an dem Gemeinderat eine Botschaft vorgelegt hätten, gäbe es viel weniger Unklarheiten. Es wäre wünschenswert oder müssig, dass dies noch nachgeholt wird. Denn weiter als bis zur Grobplanung wird das Geld nicht ausreichen. Danach wird die Finanzkompetenz des Stadtrats nicht mehr ausreichen. Es ist auch nicht in Stein gemeisselt, dass die Stadt Frauenfeld die Stadtkaserne im Jahr 2020/21 bekommt, ob im Baurecht oder zum Kauf. Es konnte mir versichert werden, dass diese Grobplanung nicht verloren ist, auch wenn die Kaserne erst im Jahr 2026 in die Hände der Stadt kommen könnte. Es ist uns bekannt, dass Verhandlungen mit der Immobilienabteilung des VBS nicht sehr verlässlich sind und es schwierig ist, genau zu planen. Es ist schon fast 20 Jahre her, als es hiess, dass die Stadtkaserne zur Verfügung der Stadt Frauenfeld stehe. Wie wir wissen, haben wir im Bericht auch keine klare, einfache, überschaubare Kostenübersicht. Auch das erwarten wir in Zukunft. Es kann nicht sein, dass man auf verschiedenen Seiten die Kosten zusammentragen muss und man nicht sicher ist, ob es nun so ist. Informationen an den Gemeinderat zur Stadtkaserne kommen sehr zaghaft und ohne Mitsprache. Das ist sicher das Empfinden von uns. Die Informationsveranstaltung vom 28. November 2015 wurde durchgeführt, ohne den Gemeinderat einzuladen. Die Einladung geschah drei Wochen vor dem Anlass mit einem Informationsschreiben und einem Flugblatt. Geschätzter Kollege Erne, im Bericht ist gross geschrieben, dass die Kommission Frauenfeld 2030 darüber informiert wurde und sich dazu äussern kann. Zur Sitzung wurde zwei Wochen vor dem Termin eingeladen. Dann wundert man sich, dass die Kommission nicht komplett ist. Dies wundert uns nicht. Dazu gab es vorgängig keine Unterlagen, um sich einzulesen. Es ist eine einseitige Information. Man könnte auch sagen, eine PowerPoint-Schlacht. Fragen konnten nicht gross beantwortet werden, da es noch zu viele Unklarheiten gäbe. Dies war am 16. Februar 2016. Aber einen Monat später haben alle Gemeinderäte den 31-seitigen Bericht in der Hand. Wir stellen uns so auch die Frage: Wird mit dem Gemeinderat offen gesprochen? Gebt euch mehr Zeit, dem Gemeinderat mehr Informationen zu geben, damit ihr mit dem Gemeinderat zusammenarbeiten könnt. Das ist uns noch sehr wichtig. Für unsere Fraktion ist es ein Muss, dass das Kasernenareal kein Risikokapital oder ein Steuerprozentfresser der Stadt Frauenfeld wird. Doch zuletzt eine Frage aus der Fraktion: Wurde mit dem Denkmalschutz abgeklärt, was nun unverändert stehenbleiben muss? Und wurde abgeklärt, was allenfalls abgerissen werden kann?

Stadtrat Urs Müller: Gerne nehme ich zur Interpellation noch Stellung. Die Frage ist, wo beginnen und Stefan Geiges hat es zu Beginn gesagt: Es ist teilweise eine etwas emotionsgeladene, aufgeladene Stimmung aus verschiedenen Gründen, sage ich jetzt mal. Ich versuche, sachlich zu bleiben, möchte aber ganz klar festhalten, der Stadtrat hat auch Emotionen.

Ich beginne mit dem Thema Philosophie, wie Stefan Geiges im Namen der Interpellanten erwähnt hat. Die Philosophie quasi, nur 100 Einwohner zu fragen. Das ist ganz klar das Pferd am Schwanz aufgezümt. Es ist nicht so, dass wir nur einfach 100 Leute gefragt haben. Einerseits hatte jedermann und jede Frau die Gelegenheit, sich an dieser öffentlichen Veranstaltung zu beteiligen. Es ist mir auch klar, dass nicht alle an diesem Datum konnten, aber es war auch nicht die einzige aktive mögliche Beteiligung. Es gab schon einiges mehr, es gab im Nachhinein noch die Internetbefragung, es gab die repräsentative Bevölkerungsbefragung 2013 zur Stadtentwicklung, wo ebenfalls die Kaserne Thema war. Also es ist nicht so, dass wir 100 Einwohner fragen, was sie wünschen und dann machen wir das mit der Kaserne.

Es geht momentan darum, den Prozess anzustossen, was mit dem Wettbewerb geschieht. Wir sind schon länger im Prozess, respektive wir sind schon länger am Thema.

Alles vermischen – wurde gesagt. Da muss ich auch ganz klar sagen: Nein. Siehe dazu den Ablaufplan, welcher als Beilage ganz hinten dabei ist. Es geht in der jetzigen Phase noch nicht um ein KKL, das muss ich klar feststellen. Wir sind noch nicht auf dieser Flughöhe im Wettbewerb. Es geht um den Städtebau. Das heisst konkret, es ist ein städtebaulicher Wettbewerb, der jetzt gestartet ist. Es geht nicht vordringlich um die Nutzungen. Das ist im geforderten Massstab noch gar nicht möglich. Sondern es geht darum, jetzt Argumente zu haben, was ist wo und wie etwa möglich? Das heisst als Beispiel auf dem Mätteli, das der Bürgergemeinde gehört, was ist dort noch möglich in Sachen Gebäude beispielsweise? Wie viele Geschosse könnte ein Projekt haben in dieser schwierigen Umgebung? Nebenan ist das Staatsarchiv. Das sind die Fragen, die im städtebaulichen Wettbewerb jetzt geklärt werden. Die Nutzungen sind jetzt noch zweitrangig, aber sind natürlich auch mit drin.

Dann betreffend Information und Einbindung: Wir haben die Einbindung des Gemeinderats in der Interpellationsbeantwortung aufgezeigt. Es wurde jetzt auch verschiedentlich die Spezialkommission erwähnt. Es ist so, das ist nachzulesen in den Protokollen, die Stadtkaserne war bereits in der ersten Sitzung am 25. Juni 2013 Thema. Anscheinend besteht eine unterschiedliche Auffassung betreffend Spezialkommission. Gern wiederhole ich nochmals, was sich der Stadtrat davon erhofft. Abgabe von Information vor der Öffentlichkeit, Soundingboard, das heisst Ideen spiegeln, Möglichkeit, Fragen auch ausserhalb der Traktanden zu stellen. Wenn dieses Mittel nicht tauglich ist, nehmen wir wirklich gerne Verbesserungsvorschläge entgegen. Andreas Elliker hat bereits einen Vorschlag gebracht: mehr Zeit im Vorfeld einräumen, mehr Zeit für den Gemeinderat. Zu der öffentlichen Veranstaltung am 28. November 2015: Dieses Datum wurde ebenfalls in der Kommission angekündigt. Es wurde ein Flyer in alle Haushalte geschickt. Was vergessen ging, war eine separate Einladung an Sie, meine Damen und Herren Gemeinderäte, und dafür möchte ich mich hier an dieser Stelle entschuldigen. Gleichzeitig hat mich die Teilnahme verschiedener Gemeinderäte an diesem Anlass gefreut.

Susanna Dreyer, Antwort vom Kanton, wo wir noch drauf warten: Der Stadtrat ist im Gespräch mit dem Kanton und wird es bleiben. Wir haben das in der Beantwortung aufgezeigt. Mir scheint, es bestehen hier einige Missverständnisse oder ich habe Sie nicht richtig verstanden, sei es akustisch oder inhaltlich. Aber gern biete ich die Möglichkeit, in einem Gespräch Fragen zu klären. Ich komme noch darauf zurück.

Dann hat Gemeinderat Elliker auch noch die Finanzierung angesprochen. Die Finanzierung bis zur Phase Weiterbearbeitung – diese Weiterbearbeitung ist im Programm auf Seite 5ff beschrieben - gesichert und im Budget vorgesehen. Und was den AFIP anbelangt, gab es eine Überschneidung. Diese betrifft den Bereich der P&R Halle, welche für den AFIP entwickelt worden

wäre und gleichzeitig befindet sich diese P&R Halle im Perimeter des Wettbewerbs Stadtkaserne. Siehe dazu im Programm Seite 17. Wie immer betont, waren im AFIP Beträge für die Arealentwicklung vorgesehen und bis jetzt meines Wissens auch nicht bestritten. Da dieser Teil nun aber bekanntlich wegfällt, muss die weitere Finanzierung nach der Phase Wettbewerb respektive vor der Weiterbearbeitung neu betrachtet werden. Der Stadtrat hat sich gestern dazu unterhalten und wir gehen aktuell davon aus, wie es bereits Gemeinderat Elliker erwähnt hat, dass dies mit einer Botschaft an Sie erfolgen wird, damit im Herbst dann die Weiterbearbeitung erfolgen kann. Sie sehen also auch im Ablaufplan, wir haben dort absichtlich nach heutigem Wissensstand aufgezeigt, wo Sie als Damen und Herren Gemeinderäte sicherlich nochmals eingebunden werden.

Dann noch betreffend Planung: Auch die Frage, was ist nun geschützt? Wir haben zwei, drei Konstanten in der ganzen Geschichte Stadtkaserne. Dazu gehört auch das Thema Inventar. Das heisst, die Stadtkaserne ist teilweise geschützt in einem Inventar und es sind dies vor allem der Hauptbau und die ID-Halle. Was einen kleineren Schutz hat, sind die beiden Seitenflügel. Und genau darum – jetzt bitte zuhören Fraktion CVP/EVP – auch genau darum ist dieser städtebauliche Wettbewerb wichtig, damit wir nachher Argumente in der Hand haben, um eben allenfalls diesen Schutz aufzuweichen, gerade was die Seitenflügel anbelangt. Ich möchte auch nicht der einfachen Anfrage von Christa Zahnd zum Thema allzu weit vorweggreifen, diese Anfrage haben wir bereits beantwortet, der Stadtrat konnte sie jedoch noch nicht behandeln. Ich gehe davon aus, dass dies in Kürze erfolgen wird. Darin zeigen wir auch auf, dass die Planung nötig ist, nicht auf Vorrat ist und der Beginn jetzt, wie ich es aufgezeigt habe, richtig ist. Nochmals: Beachten Sie dazu bitte diese Beilage „Provisorischer Ablaufplan“.

Dann komme ich zum Schluss zum Vorwurf, dass Sie zu wenig informiert sind. Ich möchte deshalb klar sagen, das Amt für Hochbau und Stadtplanung als federführende Stelle für den aktuellen städtebaulichen Wettbewerb – ich sage das Wort nochmals, und hier auch noch ein kleiner Einschub: Dieses Wettbewerbsprogramm kommt so daher, weil es standardisiert ist. Das muss so daherkommen. Wenn es für die einen zu viel oder zu wenig ist und auch die aufgeführten Punkte, da müssen wir uns ganz genau an ein standardisiertes Vorgehen halten. Wir wollten ja eigentlich heute auch, wie wir es geschrieben haben, den Gemeinderat informieren im Sinn einer Informationsveranstaltung. Dies hat sich aus unserer Sicht für den momentanen Kenntnisstand erledigt mit der Beantwortung und der Beilage des Wettbewerbsprogramms. Aber selbstverständlich werden wir uns aufgrund Ihrer Voten - das möchte ich nochmals sagen, wir haben sehr wohl zugehört - auch überlegen, eine Informationsveranstaltung zu geeignetem Zeitpunkt dann für den ganzen Rat vorzusehen, neben den eigentlichen Traktanden zu diesem Geschäft, die sowieso hier in diesem Rat beraten werden. Somit möchte ich betonen, das Amt für Hochbau und Stadtplanung ist im Moment an diesem Ideenwettbewerb und ist auch gern bereit, beispielsweise bei Ihnen in den Fraktionen oder Parteien das Thema vorzustellen. Bei der SVP ist das bereits so. Christoph Helbling wird dort das Thema vorstellen. Kontaktieren Sie uns, wenn Sie dies wünschen, kommen Sie und fragen Sie. Gleiches gilt, wenn Sie noch Inputs zum Wettbewerbsprogramm haben. Es ist auch beschrieben in der Interpellationsbeantwortung. Rückmeldungen zum Wettbewerb ans Amt sind noch bis am 23. Mai möglich, denn wir sind jetzt erst in der Präqualifikationsrunde und nachher wird das Programm verbindlich.

Dann noch zu aller guter Letzt betreffend frei werdender Kaserne: Auch hier ein Punkt aus der einfachen Anfrage von Christa Zahnd. Ich habe hier in der Hand die eidgenössische Botschaft über den Zahlungsrahmen der Armee 2017-2020, das Rüstungsprogramm 16 und das Immobilienprogramm VBS 2016. Sie haben es vielleicht gelesen, der zuständige Bundesrat war vor einigen Tagen hier in Frauenfeld und hat dieses Programm vorgestellt. Hier drin wird auch ganz klar

geschrieben, wie es betreffend Waffenplatz Frauenfeld weitergehen soll. In der ersten Etappe ist vorgesehen, das Auenfeld auszubauen und dadurch wird die Räumung der Stadtkaserne Frauenfeld ermöglicht, wie es hier drin steht. Wir werden diese Botschaft respektive den Link dazu auch in der Beantwortung der einfachen Anfrage Zahnd mitgeben.

Damit möchte ich schliessen. Ich bitte Sie, wenn Sie Fragen haben, kommen Sie auf uns zu, bringen Sie Verbesserungsvorschläge, was die Spezialkommission anbelangt. Es ist nicht immer einfach mit der Terminfindung, das ist uns völlig klar und bewusst. Damit möchte ich schliessen.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Ich möchte noch zum letzten Punkt ergänzen, denn das ist eine Frage, die ich schon mehrfach erhalten habe. Ist denn das sicher mit der Kaserne? Das Immobilienprogramm ist letzte Woche vom Donnerstag weg bis und mit diesen Dienstag im Auenfeld vorgestellt worden neben dem Rüstungsprogramm. Es waren verschiedene Leute aus der Armee hier, also bis hinauf zu Herrn Blattmann. Es waren die gesamte sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hier, und es war Bundesrat Parmelin hier. Ich habe mit allen Gespräche geführt und es ist ganz klar, für die Armeeführung und für den Bundesrat und für die sicherheitspolitische Kommission des Ständerats, dass dieses Immobilienprogramm erstens dieses Jahr vorgelegt wird und zweitens wird es kaum – das die Aussagen dieser Politiker – nennenswerte Widerstände geben. Das heisst, es werden in den nächsten vier Jahren in Frauenfeld CHF 271 Mio. investiert. Wir können uns darüber freuen. CHF 150 Mio. ins Informatikzentrum, CHF 121 Mio. in die Kaserne. Und das ist nur die erste Etappe. Diese erste Etappe aber spielt die Stadtkaserne 2020 frei. Das Militär sagt uns, 2021 steht euch dann die Kaserne zur Verfügung. Sie haben also das „Jährchen“ als Sicherheitsmarge schon eingebaut. Und deshalb denke ich, fünf Jahre vorher müssen wir an die Arbeit gehen, uns zu überlegen, was mit der Kaserne, mit dem Areal gemacht werden kann. Sie kennen die Planungsprozesse, Sie kennen Gestaltungsplanprozesse und so weiter. Da gibt es doch noch die eine oder andere Unwägbarkeit. Wir wollen 2021 parat sein. Die Kaserne darf dann nicht ungenutzt dastehen, sei es auch nur ein Jahr oder zwei Jahre. Das wäre aus meiner Sicht eine Katastrophe. Wir müssen parat sein.

Gemeinderat Christoph Tschanen: Ich habe noch kurz eine Nachfrage an Urs Müller: Du hast gesagt, dass die P&R Halle im AFIP-Bereich hätte beplant werden müssen. Aber hier nach Seite 17 ist es ganz klar im Planungssperimeter der Kaserne drin. Vielleicht kannst du dazu noch etwas sagen. Und zum Votum des Stadtpräsidenten: Wir sprechen immer davon, dass die Stadt Frauenfeld diese Kaserne übernehmen darf. Wie steht es denn hier betreffend Vorverträgen oder Absichtserklärungen? Ich meine, wenn wir jetzt ohne Bestätigung etwas planen, planen wir ja wirklich ins Blaue. Vielleicht könnt ihr hierzu noch etwas sagen.

Stadtrat Urs Müller: Da habe ich mich offensichtlich einmal mehr auch zu wenig klar ausgedrückt. Ich habe gesagt, der Perimeter der Stadtkaserne und der des AFIP überschneiden sich im Bereich der P&R Halle. In beiden Projekten war das vorgesehen. Deshalb war es aus unserer Sicht legitim, wäre der AFIP angenommen worden, einen Teil der CHF 490'000 für Arealentwicklung für die Stadtkaserne zu verwenden. Im Perimeter der Stadtkaserne ist diese P&R Halle und für den AFIP wurde die P&R Halle zentral, weil darin die Büros und weiteres vorgesehen gewesen wären. Das nochmals zur Klärung.

Betreffend Sicherheit und Planung ist es so: Wir haben das auch aufgezeigt im provisorischen Ablaufplan. Gespräche laufen bereits mit dem VBS und planungsrechtlich ist es sowieso so, wenn etwas frei wird vom Bund, also jetzt Militär, dann wird zuerst der Kanton angefragt, ob er es gebrauchen kann, oder dann eben die Stadt. Der Kanton hat direkt kein Interesse, sondern

die Stadt ist im Gespräch. Zudem liegt die Kaserne in der öffentlichen Zone. Was sonst noch an Verbindlichkeiten besteht, weiss ich nicht.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Die Verbindlichkeiten sind mündlicher Art. Es ist so, dass wir Anfang Februar bei der Immobilienbewirtschaftung von armasuisse waren. Da wurde auch diese Jahreszahl 2021 schon genannt. Dort wurde gesagt, immer wenn Gebäude verfügbar werden, wird zunächst im Bund gefragt, ob es Bedarf für dieses Gebäude innerhalb des Bundes gibt. Diesen gibt es nicht. Dann wird angefragt seitens des Kantons. Gibt es auch nicht. Und dann wird die dritte öffentliche Ebene, die kommunale Ebene gefragt, also die Stadt. Und dort haben wir ganz klar unser sehr grosses Interesse signalisiert. Wir haben auch gesagt, dass wir bereits in dieser frühen Phase über Verträge im Sinne von Baurecht o.ä. diskutieren möchten. Und wir haben mit der armasuisse abgemacht, dass diese Gespräche schon dieses Jahr beginnen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann danke ich für die interessante Interpellation und Diskussion dieser Vorlage.

58

BOTSCHAFT FESTSETZEN DER STADTBUSTARIFE PER DEZEMBER 2016

Eintreten, Materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die Botschaft Nr. 9 des Stadtrats vom 12. Januar 2016 wurde am 19. Januar 2016 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Zudem steht uns das Protokoll der GPK Bau, Werke, Anlagen der 7. Sitzung vom 14. März 2016 zur Verfügung. Dazu haben wir ein lachsfarbenedes Papier zur Botschaft Nr. 11 erhalten mit dem Vorschlag der GPK bezüglich der Tarife für Kinder. Das lachsfarbene Papier bildet somit die Grundlage für den Gemeinderat. Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, danach die materielle Beratung, sodann werden wir über die Anträge auf Seite 9 abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Besten Dank. Wir kommen zum Eintreten.

Gemeinderat Michael Lerch, Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Zuerst zum Eintreten: Bei dieser Vorlage handelt es sich um das erste Stadtbusgeschäft, welches über das Departement Bau und Verkehr von Stadtrat Urs Müller bearbeitet wurde. Somit ist es auch das erste Mal, dass sich die GPK Bau, Werke, Anlagen mit einer Stadtbusvorlage beschäftigt hat. Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat an ihrer Sitzung vom 14. März 2016 im Beisein von Stadtrat Urs Müller und dem Abteilungsleiter öffentlicher Verkehr, Urs Ambühl, dieses Geschäft beraten. Aufgrund struktureller Anpassungen der Tarife beim Tarifverbund Ostwind ist eine Anpassung der Stadtbustarife Ostwindzone 921 notwendig. Der Stadtrat hat uns daher den Antrag unterbreitet, die Tarife per Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2016 den neuen Ostwindtarifen anzupassen. In Zukunft sollen gemäss der stadträtlichen Botschaft gegenüber dem Ostwindtarif nur Billette und Abonnemente für Kinder bis 16 Jahren durch die Stadt vergünstigt werden. Die letzte Tarifanpassung hat unser Rat am 4. Juli 2012 beraten, in Kraft gesetzt wurde diese per 9. Dezember 2012. Seither hat es im städtischen ÖV-Bereich diverse Änderungen und Verbesserungen gegeben. Schon damals wurde von verschiedenen Personen angetönt, dass die Tarife angeschaut werden müssen, weiter wurde der Grundsatz festgehalten, dass die Subventionen der Billette der Ostwindzone 921 durch die Stadt tendenziell eher zurückgefahren werden sollen. Vom Tarifverbund werden diese Vergünstigungen zudem nicht gern gesehen. Mit der uns

heute vorliegenden Vorlage sollen zum einen die Subventionen durch die Stadt auf den Jahresabos für Junioren und Erwachsene gestrichen werden und somit offizielle Ostwindtarife gelten, wie dies bereits auch bei den Monatsabos, Mehrfahrtenkarten und Einzelbilletten der Fall ist. Wenn die Anpassung durch den Stadtrat nicht beantragt würde, dann würden die Billettsubventionen durch die Stadt von heute rund CHF 140'000 auf neu rund CHF 330'000 steigen. Neu sollen nun nur noch die Kindertarife für Einzelfahrten, Mehrfahrtenkarten, Tageskarten und Monats- und Jahresabonnemente subventioniert werden. Alle anderen Tarife für die Zone 921 werden neu den OTV-Tarifen folgen. Das ist die wesentliche Änderung gegenüber jetzt. Das bedeutet, dass die Subventionen im bisherigen Rahmen bleiben, also bei rund CHF 140'000. Ein Vorteil des neuen Systems mit den Einzonentarifen ist, dass die Einzelbillette neu eine Stunde statt wie bisher in der Lokalzone eine halbe Stunde gültig sind. Das Eintreten war bei der GPK unbestritten.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gibt es weitere Voten aus den Fraktionen zum Eintreten? Wünscht der Stadtrat bereits jetzt das Wort? – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur materiellen Beratung.

Materielle Beratung

Gemeinderat Michael Lerch, Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Im Zusammenhang mit den Stadtbustarifen muss festgehalten werden, dass auch wenn die Stadt die einzelnen Tarife nicht mehr oder weniger subventioniert, die Stadt nach wie vor jährlich rund CHF 2 Mio. an die Kosten für den Stadtbus beisteuert. Somit könnte man auch sagen, dass jede Busfahrt durch die Stadt bzw. den Steuerzahler subventioniert wird. Als erfreulich darf auch herausgestrichen werden, dass der Kostendeckungsgrad beim Stadtbus bei etwa 60 Prozent liegt, das darf beim ÖV als durchaus erfreulich bezeichnet werden. In der GPK wurde die Frage diskutiert, ob es sinnvoll sei, künftig einfach noch die Kindertarife sehr stark zu subventionieren und die restlichen Subventionen zu streichen. Daraus resultierte ein Antrag, wonach alle Billette um mindestens 10 Prozent subventioniert würden, die Kindertarife gar mit 40 Prozent. Von dieser Lösung würden mehr Personen profitieren, dafür wäre der Profit natürlich kleiner. Dieser Antrag wurde in der GPK mit einer Ja-Stimme gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Aufgrund der Diskussion im Zusammenhang mit dem unterlegenen Antrag entstand dann ein neuer Antrag. Und zwar verfolgt dieser Antrag den schon vor längerer Zeit festgehaltenen Grundsatz, mit der Subventionierung von Tarifen zurückzufahren. Im Antrag ging es darum, dass die Subventionen der Kindertarife reduziert werden sollen. Diese Reduktion der Subvention macht auch Sinn, da Kindertarife grundsätzlich, wenn ich nun an die SBB-Tarife denke, einem halben Erwachsenenbillett entsprechen. Wenn also die Einzelfahrt für Kinder bei CHF 1 belassen würde und der Tarif für eine erwachsene Person neu CHF 3.10 kosten würde, dann wäre die Kindereinzelfahrt im Vergleich massiv günstig. Der Antrag wurde in der GPK mit 7 Ja-Stimmen einstimmig angenommen. Aufgrund dieses Antrags wurde nun ein lachsfarbenes Papier erstellt, welches Ihnen vorliegt und jetzt Grundlage bildet für die heutige parlamentarische Diskussion. Für die Sparfüchse im Rat sei erwähnt, dass wir mit dieser Version noch rund CHF 40'000 einsparen können, für ÖV-Fans kann dies bedeuten, dass eher wieder Geld für einen Angebotsausbau zur Verfügung steht und genau mit dem Angebot Streckennetz, Fahrplandichte, Fahrzeugpark Betriebsdauer – das sind alles Punkte, welche den ÖV attraktiv machen und Menschen dazu bewegen, ein Abo zu erwerben oder auch mit Tages- und Mehrfahrtenkarten den ÖV öfters zu nutzen. In der Schlussabstimmung hat die GPK den Antrag 1 mit 5 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung zugestimmt. Der Antrag 2 gemäss dem lachsfarbenen Papier habe ich schon erwähnt, einstimmige Zustimmung. Und der Antrag 3 war unbestritten.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Weg von den subventionierten Tarifen – das ist die Absicht, die wir im Grundsatz nachvollziehen können. Aber eben nur im Grundsatz. Was heisst das denn schlussendlich für unseren ÖV, vor allem für die Umsetzbarkeit des Mobilitätskonzepts, wonach ja zur Erinnerung 40 Prozent des Mehrverkehrs vom ÖV übernommen werden sollen? Dieses Ziel ist hochgesteckt und es kann unserer Meinung nach nicht allein durch gute Takte und Linien erreicht werden. Sondern es braucht eine ansprechende Preispolitik. Wir glauben, dass dies mit den vorliegenden Preisen nicht der Fall ist. Wir möchten das Geschäft deshalb an den Stadtrat zurückweisen. Weshalb eine Rückweisung? Vielleicht erinnern Sie sich an die letzte ähnliche Debatte hier im Saal, bei der für beinahe jede Zehnrapenabstufung ein Antrag gestellt wurde. Dies möchten wir verhindern und dem Stadtrat die Möglichkeit geben, uns eine neue Botschaft mit wirklich ansprechenden Preisen zu präsentieren, die dem gewünschten Mobilitätssplit Rechnung tragen. Denn vergleicht man die Preise einer Tageskarte für die Zone 110 Zürich und 921 Frauenfeld, so stehen CHF 8.60 CHF 6.20 gegenüber. Sprich ein Billett für Frauenfeld kostet 72 Prozent von dem, was ich in Zürich bezahle. Und das Angebot, meine Damen und Herren, ist dann doch ein anderes. Wenn ich in Zürich das Tram verpasse, überlege ich mir nicht, ob ich laufen soll und somit gleich schnell am Ziel bin oder warte. Denn das nächste Tram kommt wahrscheinlich bereits angerollt. Auch im Vergleich zum GA, das CHF 3'600 kostet, sind die über CHF 600 für ein Jahresabo für den Stadtbus unserer Meinung nach zu hoch. Mit 17 Prozent der Kosten für ein GA ist das Verhältnis doch sehr ungleich. Aber abgesehen davon gibt es auch im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr einige Überlegungen, die man sich machen muss, denn noch immer jammern alle, dass wir ein zu hohes Verkehrsaufkommen haben. Dieses ist ja bekanntlich aber hausgemacht mit stadtinternem Quell- und Zielverkehr. Aber egal, ob beim Friedhof, beim Einkaufszentrum oder bei der Badi – Parkieren ist noch immer gratis. Ja, beim Einkaufen bezahlen Sie nach über 60 bzw. 90 Minuten, aber diese erste Zeit ist gratis. Der Besuch einer dieser Einrichtungen mit dem Bus kostet einen Erwachsenen CHF 6.20, wenn er aber das Auto nimmt, das ja sowieso schon in der Garage steht, kostet es ihn quasi nichts. Denn ehrlich rechnen tut kaum ein Autofahrer. Und wenn wir für diese Autofahrer die Kapazitäten auf unseren Strassen erhöhen müssen, dann ist es nur recht, dass diejenigen auch etwas bekommen, die dafür sorgen, dass es eben nicht noch mehr teure Strassen und Tunnels braucht. Denn so fördern wir das Umsteigen. Damit diejenigen, die das Auto wirklich nehmen müssen, dies weiterhin tun können, aber diejenigen, die nicht müssen, eben auch umdenken und umsteigen. Ich bitte Sie also, unserem Antrag auf Rückweisung zu folgen, damit wir unsere eigenen Planungen nicht im Keim ersticken.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Sie haben den Rückweisungsantrag gehört. Ich schlage vor, den Rückweisungsantrag zu deponieren. Wir diskutieren zuerst nur über diesen Antrag. Wenn die Diskussion diesbezüglich erschöpft ist, werden wir über diesen Antrag auch abstimmen. Wird der Rückweisungsantrag abgelehnt, werden wir die materielle Beratung wie gewohnt durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Besten Dank.

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent im eigenen Namen: Es ist wohl allgemeiner Konsens, Frauenfeld sollte seine Verkehrsbelastung verbessern. Zusätzlich sollte die Stadt versuchen, einen Beitrag gegen die Lärmbelastung, die Unfallgefahren, den CO²-Ausstoss und gegen die Klimaerwärmung zu leisten. Ein Baustein dazu ist die Benützung des öffentlichen Verkehrs anstelle des Autos. Was wir mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Tarifierhöhung tun würden, wäre das Gegenteil. Ein Normalbillett für den Stadtbus würde von CHF 2.30 auf CHF 3.10 angehoben. Eine Stunde Parkieren im Zentrum kostet CHF 0.80. Und auf Strassen und Plätzen ausserhalb des Zentrums sowie vor den meisten Einkaufsläden ist das Parkieren gratis. An Steuergeldern fliessen in unserer Stadt CHF 10 Mio. jährlich in den Bau und Unterhalt der Gemein-

destrassen je CHF 5 Mio. Unterhalt. In den öffentlichen Verkehr fliessen pro Jahr lediglich CHF 2.25 Mio. Steuerfranken, nämlich CHF 1,4 Mio. in den Stadtbus und CHF 860'000 in den regionalen Personenverkehr. Mit solch ungleichen Spiessen schaffen wir es nicht, den Verkehr in unserer immer dichter überbauten Stadt in menschengerechte, geordnete Bahnen zu lenken. Deshalb unterstütze ich den Rückweisungsantrag von Pascal Frey mit folgenden Forderungen:

Die Stadtbustarife dürfen nur erhöht werden, wenn gleichzeitig die Parkgebühren erhöht und das Parkplatzreglement eingeführt wird. Seit einigen Jahren ist im kantonalen Planungs- und Baugesetz vorgeschrieben, die Parkplätze zum Beispiel bei der Festhalle, bei der Badi und bei der Kunsteisbahn zu bewirtschaften. Wir sollen Kostenwahrheit im Verkehr anstreben. Ich bin auch dafür, aber bitte nicht einseitig nur für den Bus. Ein Teil der Parkgebühren soll auch für Bau und Unterhalt der Gemeindestrassen verwendet werden, da diese ja auch zum Parkieren verwendet werden, wenn wie gesagt CHF 10 Mio. Steuerfranken für die Strassen aufgewendet werden. Und eine Frage noch an den Stadtrat: Wurde der Preisüberwacher orientiert über diese vorgesehene Tarifierhöhung und ist er einverstanden damit?

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent im eigenen Namen: Wir haben es schon verschiedentlich gehört und auch in der GPK davon gesprochen, dass bei der letzten Tarifierhöhung der Grundsatzentscheid gefällt wurde, man wolle die Subventionen auf die Tickets abbauen. Dieser Grundsatzentscheid macht grundsätzlich auch Sinn. Was jetzt aber passiert ist, und das steht in der Botschaft in Kapitel 1 unter Ausgangslage, dass, ohne dass wir das wollten, die Lokalzonen OTV abgeschafft wurden. Anders gesagt, der OTV möchte seine Einnahmen optimieren und er macht das auf dem Buckel der Städte. Ganz offensichtlich können sich die Städte in diesem OTV-Verbund mit ihren Interessen nicht durchsetzen. Und darum haben wir es mit einer etwas anderen Situation zu tun. Es geht hier heute eigentlich um die Frage, inwieweit die Stadt nun auf die Abschaffung dieser Lokaltarife reagieren möchte. Aus dieser Perspektive macht es doch auch Sinn, das Geschäft vielleicht zurückzuweisen und/oder einem der Anträge, die nachher noch im Raum stehen, zuzustimmen.

Gemeinderat Marcell Epper, Referent im eigenen Namen: Ich beantrage Ihnen, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Ich begründe dies wie folgt: Ich bin nach wie vor überzeugt, auch wenn es eine leicht veränderte Ausgangslage ist, dass die Stossrichtung, nämlich einerseits die Subventionen in Bezug auf die Tarifgestaltung seitens der Stadt Frauenfeld zurückzufahren, und andererseits die notwendigen und zur Verfügung zu stellenden Mittel dafür verstärkt in die Infrastruktur und in die Fahrplanpünktlichkeit einzusetzen, nach wie vor zutreffend ist. Zum Zweiten bin ich ebenso davon überzeugt, dass wir heute Entscheidungsgrundlagen haben und an diesen Entscheidungsgrundlagen eine allfällige Rückweisung überhaupt nichts ändern würde. Ich gehe sogar davon aus, dass wir mehr oder weniger mit den gleichen Fragestellungen auch an einer weiteren Gemeinderatssitzung konfrontiert werden. Ich bin der Meinung, dass wir heute eine Vorlage haben, die spruchreif ist und über die materiell beraten und entschieden werden kann. Aus den genannten Gründen beantrage ich Ihnen eine Abweisung der Rückweisung.

Stadtrat Urs Müller: Wenn die Leitungen und Mails zu Urs Ambühl heiss laufen, dann ist es ein untrügliches Zeichen, dass entweder ein neues Stadtbuskonzept in Bearbeitung ist oder eben Stadtbustarife anstehen. Heute ist es Zweites. An dieser Stelle herzlichen Dank für seine vielen Berechnungen. Er hört uns auf der Tribüne zu.

Bitte lassen Sie mich Ihnen einige Bemerkungen, Ideen und auch nochmals Überlegungen des Stadtrats präsentieren, bevor ich auf den Rückweisungsantrag zu sprechen komme.

Ausgangslage des Ostwindtarifverbunds: Die Tarife werden durch den Tarifverbundsrat festgelegt. Dieser besteht aus Vertretern der Kantone und der grösseren Transportunternehmungen. Ziel ist, eine Kostendeckung des ÖV zu erhöhen, sprich eine Preiserhöhung. Daran hat auch der Stadtrat keine Freude, das kann ich Ihnen sagen. Wir sind im OTV, durch Ihren Rat im Jahr 2008 beschlossen, und können somit betreffend Tarife nur die Subventionshöhe festlegen. Das heisst somit die Abweichung von den OTV-Tarifen gegen unten. Dazu gilt es, die Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr zu beachten, die Zahl wurde schon mehrmals gesagt, sie ist auch in der Botschaft Seite 3. Es sind rund CHF 2,278 Mio. im 2014 sowie den Kostendeckungsgrad für den Stadtbus, auch schon erwähnt, welcher aus Sicht Stadt momentan knapp 60 Prozent beträgt. Das ist je nach Berechnung. Es ist so, dass wir beispielsweise im Moment noch von einem Beitrag des Allmendcenters profitieren, ansonsten liegt der Kostendeckungsgrad des Stadtbusses zwischen 50 und 60 Prozent. Grundsätzlich ist jeder Tarif in Frauenfeld möglich, wie gesagt sofern nicht höher als der OTV-Tarif. Es gilt jedoch zu bedenken, das bitte ich Sie, auch zu bedenken im weiteren Verlauf der Diskussion, dass jeder abweichende Tarif im System ein neuer sogenannter Artikel ist. Für den Kunden wird damit der Tarifdschungel nicht einfacher. Zudem müssen diese Artikel speziell programmiert werden, was selbstverständlich möglich ist. Wichtig erscheint mir aber auch die Betrachtung, wem die Subvention überhaupt zugutekommt und vor allem auch, wem dies überhaupt bewusst ist. Wir haben dies auch in der Botschaft erwähnt. Der Stadtrat hat sich intensiv mit den unterschiedlichsten Varianten beschäftigt, Urs Ambühl war anwesend mit dem Excel, so auch in der GPK und Ihr Rat bringt wahrscheinlich noch neue ins Spiel. Kleiner Exkurs dazu: Dies war auch bei allen anderen Stadtbustarifvorlagen so und führte teilweise zu unübersichtlichen Zuständen hier im Gemeinderat. Ich erlaube mir deshalb folgenden Gedankenanstoss: Wäre es allenfalls nicht sinnvoll, der Gemeinderat legt den Gesamtbetrag der Subvention fest? Der könnte natürlich auch null sein. Und der Stadtrat legt dann die einzelnen Tarife fest. Exkurs geschlossen.

Zurück nochmals zu den Überlegungen des Stadtrats: Wie es das Mobilitätskonzept 2030 vorsieht, möchte der Stadtrat den öffentlichen Verkehr weiter fördern. Aufgrund der finanziellen Lage hat sich der Stadtrat als einen fixen Perimeter in diesen ganzen Berechnungen darauf geeinigt, die Subventionshöhe in der heutigen Grössenordnung, das heisst diese CHF 140'000 zu belassen. Von den heute vergünstigten Jahresabonnements profitiert nur ein kleiner Teil der Frauenfelder Bevölkerung, deshalb möchte der Stadtrat ergänzend mit gezielten Marketing- und Fördermassnahmen den öffentlichen Verkehr fördern und den Zugang zu diesem erleichtern. Von diesen Massnahmen sollen mehr Einwohnerinnen und Einwohner profitieren, als dies heute angesichts der bescheidenen Anzahl an Jahresabonnements der Fall ist. Und die Kinder, da sehen wir einfach einen grossen Nutzen durch die frühe Benützung des öffentlichen Verkehrs, dass die gefördert wird und so eine frühe Kundenbindung stattfindet. Auch eine Mehrheit der Fachkommission für Mobilität und Verkehr unterstützt die weitere Subventionierung der Kinderbillette.

Zum Rückweisungsantrag: Wenn heute das Geschäft zurückgewiesen wird, welcher Tarif darf es denn sein? Es müssten zumindest klare Eckwerte mitgegeben werden. Anstelle der Rückweisung, auch Gemeinderat Epper hat es gesagt, besteht heute die Möglichkeit, einen konkreten Antrag einzubringen, allerdings können die finanziellen Auswirkungen nicht einfach seriös ad hoc berechnet werden. Wir müssen aber spätestens im August die Tarife zuhanden OTV bekanntgeben und melden. Kommt es zu keinem Entscheid, gehe ich davon aus, dass die Tarife belassen werden und somit die Subventionen von heute CHF 140'000 auf CHF 330'000 steigen werden, wie wir es in der Botschaft auf Seite 5 aufgezeigt haben. Die Mobilität ist im Gesamtzusammenhang zu sehen. Ich verweise auch auf das Mobilitätskonzept. Wir werden, wie auch schon mehrfach angekündigt, mit dem Thema Kosten des individuellen Verkehrs (MIV), sprich

vor allem dem Thema Parkplatzbewirtschaftung kommen. Ich führe dazu jetzt keine Debatte, ich habe schon mehrfach in diesem Rat informiert. Ich erinnere an dieser Stelle nochmals an den laufenden Pilot in Kurzdorf.

Wenn Gemeinderat Christ noch den Aspekt Vertretung im OTV einbringt, dass eine Rückweisung sinnvoll wäre um diese zu diskutieren, dann frage ich mich, ob man die positiven Aspekte des OTV wirklich infrage stellen will, um hier wieder die eigene Tarifhoheit haben zu können. Und deshalb, ich sehe es wie Gemeinderat Epper, die Entscheidungsgrundlagen sind heute vorhanden. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Noch betreffend Preisüberwacher: Ich gehe davon aus, dass der Preisüberwacher wenn schon über den OTV informiert werden müsste. Die Tarife werden ja auch vorbesprochen, VÖV als Sprichwort, und dort laufen die Fäden zum Preisüberwacher. Ich glaube nicht, dass wir als Stadtbus Frauenfeld den Preisüberwacher informieren müssen. Ich bitte Sie also, den Rückweisungsantrag abzulehnen und heute über die Tarife zu befinden.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag von Pascal Frey wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Materielle Beratung

Gemeinderat Jörg Schläpfer, Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir stehen hinter den Anträgen, wie sie auf dem lachsfarbenen Papier dargelegt sind. Das heisst, wir finden es gut, dass die Subventionen für Erwachsene und für Junioren beim Stadtbus abgeschafft werden. Denn dies ist ja ein Beitrag zur Erhöhung des Kostendeckungsbeitrags des Stadtbusses, und wir haben es gehört, der Stadtbus ist ja auch danach weiterhin noch defizitär. Hinzu kommt, dass halt jede Subvention Mitnahmeeffekte mit sich bringt. Das heisst also, viele Erwachsene würden davon profitieren, die sowieso den Stadtbus benützen würden, auch wenn die Subvention nicht da wäre. In diesem Sinn ist Zurückhaltung angesagt beim Umgang mit Subventionen. Auch wir machen hier eine kleine Einschränkung. Im Sinn von Frauenfeld als kinderfreundliche Stadt tragen wir weiterhin mit, dass es weiterhin Subventionen für Kinder gibt.

Gemeinderätin Christa Zahnd, Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion hat die vorliegende Tarifierung eingehend beraten und unterstützt die vom Stadtrat vorgeschlagene Strategie, die Subventionsspritzkante immer flacher zu halten und mit den künstlichen Verbilligungen allmählich herunterzufahren. Dass es nach einigen Diskussionen in der GPK sogar noch zu einem lachsfarbenen Papier mit einer auch zahlenmässigen Reduktion kam, nahmen die Fraktionsmitglieder schon fast leicht begeistert zur Kenntnis. Positiv wurde zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat der Versuchung widerstehen konnte, die noch ansehnliche Erhöhung für die Einzelfahrt von bis zu CHF 0.80 nicht grossflächig mit Subventionen abfedern zu wollen. Irgendwie scheint sich allmählich durchzusetzen, wer den Stadtbus benutzt, soll auch voll und bewusst dafür bezahlen. Es macht wenig Sinn, hier nochmals die in der Botschaft gut und transparent vorgestellten Zahlen einzeln aufzuführen. Dennoch gibt es einige Punkte, die bei der Beurteilung der Stadtbustarife zu bedenken sind. Oberflächlich betrachtet scheinen die geplanten CHF 100'000 Subventionen gering zu sein. Gemäss Urs Ambühl werden aber trotz der heruntergefahrenen Tarifierung auch nach der Anpassung im Dezember jedem Fahrgast bei jeder Fahrt CHF 0.67 nachgeschoben. Dies errechnet sich aus den Zahlen von 2015 wie folgt: Bei 2,25 Millionen Passagieren resultierte in der Stadtbusrechnung ein Defizit von

CHF 1,72 Mio., was eben die besagten CHF 0,67 pro Fahrt ausmacht. Dies zeigt, dass man bei den Stadtbusfinanzen definitiv nicht allzu euphorisch werden darf. Ein weiterer leicht kritischer Punkt sind die Subventionen für die Kinder zwischen 6 und 16 Jahren. Wenn wir den Trend fördern, wie das der Stadtrat will, dass sich Jugendliche möglichst früh an den Stadtbus gewöhnen sollen, dann fördern wir gleichzeitig aber auch den Hang zur Bequemlichkeit. In den Schulen wird es teilweise schon schwierig, einen Ausflug mit dem Velo zu unternehmen, weil immer weniger Schüler einen tauglichen Drahtesel im Stall haben. Die Fraktion SVP/EDU unterstützt den durch das lachsfarbene Papier entscheidend verbesserten Vorschlag des Stadtrats, wird aber weiter achtsam die Entwicklung verfolgen.

Gemeinderat Samuel Kienast, Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Zum Antrag der GPK Bau, Werke, Anlagen kann ich es kurz machen: Die Argumentation des Stadtrats in der Botschaft und auch die Diskussionen und Schlüsse der GPK sind nachvollziehbar und sinnvoll. Deshalb werden wir den Antrag der GPK zur gemässigten Subventionierung der Kinderartikel gegenüber den OTV-Tarifen einstimmig unterstützen. Wir möchten aber einen weiteren Aspekt in die Diskussion einfließen lassen und werden dazu auch einen Antrag stellen. Ich bitte Sie, dazu die Botschaft auf der Seite 3 aufzuschlagen und aus der Tabelle in der Mitte der Seite 3 eine erstaunliche Tatsache auf sich wirken zu lassen. Wir sehen hier eine Aufstellung der Ticketverkäufe im Jahr 2014 und wir können daraus leicht entnehmen, dass im Jahr 2014 gut 130'000 Erwachsene ein Einzelbillett gelöst haben. Normal, nicht ermässigt 80'459 und mit Halbtax 52'299. Wenn wir die Kinder dazu nehmen, kommen wir sogar auf gut 175'000 Einzelbillette. Das sind annähernd 500 Tickets pro Tag. Gut 80'000 dieser gelegentlichen Nutzer des Stadtbusses besitzen kein Halbtax. Es sind offensichtlich Leute, die den ÖV nicht regelmässig benützen, keine Gewohnheitstäter im ÖV, sonst hätten sie wohl ein Halbtax. Es sind eher Leute, die gelegentlich den Bus benützen, weil die Enkelkinder da sind und sie gemeinsam in den Plättlitzoo gehen, auch weil die Kinder damit gern Bus fahren oder zu Mc Donald's oder ins Museum. Es ist vielleicht jemand, der einen Besuch im Spital macht und der Bus fährt direkt dahin und ist so praktisch, oder der Kantischüler, der einsteigt, weil der Bus gerade dasteht. Wir kennen die Motive dieser Benutzer nicht genau, aber es ist schon erstaunlich, dass in Frauenfeld so viele Leute Einzelbillette kaufen und offensichtlich den Bus einfach hin und wieder benützen. Die allermeisten dieser Stadtbusfahrer werden den OTV-Bereich nicht ausnützen, sondern bewegen sich wohl in der Zone der Stadt, in der ehemaligen Lokalzone. Wenn wir nun diese Anzahl der Einzelfahrten mit den Tarifen multiplizieren, dann ergibt sich daraus, dass die Einzelfahrten der Erwachsenen im Jahr 2014 CHF 300'000 an Ticketeinnahmen generiert haben. Das ist doch auch ein wirtschaftlicher Faktor, der beachtet werden muss. Wenn wir die Kinder noch dazu nehmen, dann sind es CHF 340'000 durch Einzelfahrten. Das ist gut ein Drittel der gesamten Einnahmen durch Tickets der Zone 921 des OTV. Das ist eine schöne Erfolgsgeschichte, die wir gern zur Kenntnis nehmen und die auch für die Qualität des Stadtbusnetzes spricht. Diese gelegentlichen Kunden des Stadtbusses sind als Einnahmequelle nicht zu vernachlässigen. Sie sind nicht nur Subventionsfresser, sondern auch Menschen, die zahlen. Sie müssen unbedingt gepflegt werden und bei der Stange gehalten werden. Im Moment passiert aber das Gegenteil. Die Erhöhung der Stadtbustarife ist sehr wohl wahrgenommen worden in der Bevölkerung und viele Menschen fragen sich, ob sie da wirklich noch den Bus benützen wollen, vor allem auch, weil es ja sonst nicht immer so angenehm ist. Ich habe diese Woche einen Selbstversuch gemacht und habe als Velofahrer den Stadtbus wieder benutzt und gemerkt, dass auch diese Ticketkäufe mit den ungeraden Zahlen nicht einfach sind. Entweder muss man ein Münzkässeli zu Hause haben oder sonst füllt das Retourgeld des Automaten mein Münzfach und macht mein Portemonnaie breit. Und dann wird in den Kreiseln auch noch die Standfestigkeit der Kunden recht geprüft. Ich glaube im Moment, wenn der Preis noch steigt, dann ist das Stadtbusfahren für diese Einzeltäter nicht mehr sonderlich attraktiv. Wir vergraulen damit auch Menschen, die einen Drittel der Ein-

nahmen des Stadtbusses generieren. Wir könnten ja dann auch gleich beim Eingang hinschreiben: Kurz- und Gelegenheitsfahrer sind nicht willkommen, kaufen Sie sich ein Abo oder lassen Sie es bleiben. Die Fraktion CVP/EVP findet es wichtig und entscheidend, dass Busfahren in Frauenfeld, insbesondere auch für diese gelegentlichen Nutzer einfach und günstig ist und bleibt. Wir beantragen aber nicht, die Einzelfahrten zu vergünstigen, sondern die im Moment eher selten verkauften Tageskarten. Das sind rund 8000 Verkäufe im Jahr 2014. Die Überlegung dahinter ist folgende: Eigentlich ist im Grunde die Tageskarte das unkomplizierteste Ticket für Gelegenheitsfahrer. Weil für die Meisten stellt sich immer wieder die Frage, auch wenn das Ticket jetzt dann eine Stunde gültig ist, reicht mein Ticket noch? Muss ich jetzt im Mc Donald's ganz schnell essen oder den Besuch schnell fertigmachen im Spital, damit ich noch mit dem gleichen Ticket zurückfahren kann? Und was ist, wenn der Stadtbus Verspätung hat? Riskiere ich dann eine Busse? All diese Überlegungen sind weg, wenn ich eine Tageskarte kaufe. Ich kann ruhig hin und her fahren, ich kann sogar noch einen Umweg machen irgendwohin, etwas besuchen und ich muss mich nicht darum kümmern, dass das Ticket ablaufen könnte. Wenn dann das Ticket erst noch eine runde Frankenzahl kostet, sind wir überzeugt, dass die Tageskarte ein Verkaufsschlager werden wird und sogar neue Kunden und Einnahmen generiert. Darum stellt die CVP/EVP-Fraktion folgenden Antrag: Zusätzlich zur vorgeschlagenen Subventionierung der Kindertarife werden die Tarife für Tageskarten in der OTV-Zone 921 wie folgt festgelegt: Erwachsene ab 16 Jahren CHF 5, Halbtax CHF 4, Kinder CHF 3. Multitageskarten kosten entsprechend diesen Einzelpreisen und ergeben keine zusätzliche Vergünstigung. Gemäss Abklärungen mit Urs Ambühl, und ihm sei gedankt, wir waren die einen, die die Drähte heiss laufen liessen, ist eine genaue Prognose, wie viel zusätzliche Subventionen dies bringen würde, schwierig zu sagen. Es würde vermutlich eine markante Verlagerung von den Einzelfahrten hin zu den Tageskarten mit sich bringen, in welchem Ausmass ist schwierig vorauszusehen. Es sind ja auch die regulären Preiserhöhungen des OTV noch nicht bekannt. Urs Ambühl hat nun eine Schätzung vorgenommen und hat die Anzahl verkaufter Einzeltickets durch 2 geteilt und dann, weil ja wohl nicht ganz alle ein Hin- und Retourticket, also eine Tageskarte lösen werden, davon zwei Drittel genommen. Er ist damit auf eine zusätzliche Subventionssumme von CHF 60'000 gekommen. Wie gesagt, es ist nur eine Schätzung, niemand kann genau sagen, was dieser Vorschlag auslösen würde. Die Vergünstigung der Kinderkarten ist ja im Vorschlag der GPK und des Stadtrats schon enthalten. Insgesamt würden wir also von einer Subventionssumme von rund CHF 160'000 sprechen, wenn beide Vorschläge angenommen würden. Trotz dieser vorgeschlagenen höheren Subventionssumme steht die Fraktion CVP/EVP dezidiert hinter dem Grundsatz, dass die Subvention von Tickets möglichst gering gehalten werden soll, gleichzeitig finden wir es aber entscheidend, gerade auch für die Rentabilität des Stadtbusses, dass die Preise für Gelegenheitsnutzer attraktiv sind und bleiben. Wir sind überzeugt, dass ein Teil der Subventionssumme durch Mehrverkäufe dieser attraktiven Tageskarten wettgemacht wird. Wir bitten Sie darum, dem Antrag der Fraktion CVP/EVP zuzustimmen.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/

JUSO: Leider sind Sie unserem Antrag nicht gefolgt. Unsere Ansichten bleiben aber die gleichen. Einen Grossteil unserer Überlegungen habe ich Ihnen bereits vorhin mitgeteilt. Und ich möchte hier auch noch die positive Seite unseres Stadtbusangebots hervorheben. Denn seit der letzten Linienanpassung ist die Fahrplanstabilität sehr zuverlässig und auch das Angebot attraktiv. Allerdings wenn wir die erwähnten 40 Prozent des Mehrverkehrs mit dem ÖV abfangen wollen, braucht es eine weitere Verdichtung des Fahrplans. Wir sind bereit, einer Erhöhung der Tarife zuzustimmen, wenn das dann der Fall ist. Aber im Moment sind wir nach wie vor der Meinung, dass die vorgeschlagenen Tarife entschieden zu hoch sind. Es geht ja dabei nur um Busbenützer/innen, die ausschliesslich die Zone 921 benützen. Sobald jemand weiter reist, werden die

Billette nicht mehr subventioniert. Somit sind attraktive Stadtbusbillette wirklich eine Gegenmassnahme zum stadtinternen Autoverkehr.

Nehmen wir nochmals die Tabelle mit den verkauften Artikeln 2014 unter die Lupe und betrachten diese nach dem Aspekt der Entstopfung der Strassen. Dort sehen Sie, dass es über 500 erwachsene Personen sind, die ein Jahresabonnement oder 12 Monatsabos gekauft haben. Also 500 potenzielle Fahrzeuge, die täglich auf unseren Strassen fahren oder eben nicht. Wir stellen deshalb den Antrag, die Tarife auf dem aktuellen Niveau zu belassen. Die monetären Auswirkungen sehen Sie auf der Seite 5 der Botschaft. Der Antrag 1 der Botschaft hiesse dann wie folgt: Der Anpassung der Stadtbustarife (Ostwindtarife Zone 921) an die neuen Einzonentarife des Tarifverbunds Ostwind wird nicht zugestimmt. Die Preise werden auf dem Niveau von 2016 belassen. Nicht berücksichtigt sind die allgemeinen Preiserhöhungen. Antrag 2 wird gestrichen und Antrag 3 bleibt unverändert. Ich hoffe, dass Sie unseren Antrag unterstützen können. Der Antrag der CVP/EVP ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber zum Beispiel auch mit der Multitageskarte, die gefördert werden könnte mit eben einem tieferen Tarif – ich bin so einer, der eine Multitageskarte kauft, denn damit muss ich nicht mehr einzeln das Münz einwerfen, sondern kann einmal meine Karte kaufen und somit sechs Mal fahren. Es wird somit einfacher und diese ist ja auch zwei Jahre gültig. In diesen zwei Jahren fahre ich knapp sechs Mal Bus.

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:

Wir sind froh, dass sowohl die Kollegen von der CVP und EVP als auch die Kollegen von der SP sich Gedanken machen über die Tarifstruktur und dieses Anliegen oder das Problem, das ich vorhin schon skizziert habe, ernst nehmen, dass wir das vielleicht nicht einfach stillschweigend hinnehmen können, wenn diese Lokalzonen abgeschafft werden zuungunsten der Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt. Geschätzter Stadtrat Müller, ich möchte nicht gerade austreten aus dem OTV, ich wollte vorhin nur sagen, dass man sich Gedanken machen muss, wie man auf diesen Affront gegenüber den Städten reagieren soll. Denn ganz offensichtlich haben die Städte zu wenig Gewicht in diesem OTV. Wir selbst in unserer Fraktion haben uns auch Gedanken gemacht, wie man diese ungewollte Tarifierhöhung abmildern könnte. Einen Vorschlag habe ich auch in der GPK eingebracht. Kollege Lerch hat ihn skizziert. Angesichts dieser zwei neuen Anträge verzichten wir darauf, einen eigenen Antrag zu stellen. Eine Mehrheit unserer Fraktion wird zumindest den Antrag der CVP/EVP unterstützen, Teile auch den Antrag der SP. Und gleich noch zum Schluss das: Es wurde nun schon zwei Mal moniert, dass der Stadtbus – so habe ich es verstanden – leider nicht kostendeckend betrieben werden könne, also gar ein Defizit machen würde. Liebe Leute, es ist eigentlich fast normal, dass Angebote der Stadt nicht kostendeckend sind. Sonst müsste man sie nicht unbedingt von der Stadt her anbieten. Wenn Sie sich überlegen, das Geld, das wir ausgeben für den Strassenbau – es ist nicht einfach zu berechnen, wer die Kosten zahlt und wer nicht. Aber wenn Sie mir konkret darlegen können, dass das zu 100 Prozent von den Benutzern, die die Strasse wirklich benutzen, bezahlt wird, würde ich mich eher wundern.

Gemeinderat Thomas Gemperle: Gerne möchte ich auch noch einige Aspekte in diese Diskussion einbringen. Erstens einmal dieses Schlechtreden der Strasse: Auch der Stadtbus benutzt die Strasse und das muss vielleicht auch einmal gesagt werden. Dann zweitens eine Präzisierung: Es wurde gesagt, dass Subventionen abgeschafft werden. Das stimmt so natürlich nicht. Also es sind immer noch sämtliche Tickets massiv subventioniert. Der Kostendeckungsgrad liegt weit weg von 100. Also von einer Abschaffung kann man hier keineswegs sprechen. Der dritte Punkt geht zu diesem konkreten Antrag der CVP-Fraktion. Das ist aus meiner Sicht eine klassische Subventionierung mit der Giesskanne. Es wurde auch so argumentiert. Man hat die Zahlen angeschaut, wo am meisten Leute profitieren und hat dann gesagt, wir schauen, dass möglichst viele

profitieren und unterstützen darum genau diese Gruppe. Was ist mit den anderen Benützern, die beispielsweise ein Monatsabo lösen oder die Überlegung machen, das Auto für den Arbeitsweg zu benutzen oder auf den Bus umzusteigen? Das können bei gewissen Leuten auch finanzielle Entscheide sein. Ich finde es nicht richtig, dass jetzt einfach eine Gruppe, eine Ticketkategorie subventioniert wird. Dieser Giesskannensubvention dürfen wir heute nicht zustimmen. Der letzte Aspekt noch ganz allgemein die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr, die Subventionen, die stiegen in den letzten Jahren und steigen auch in Zukunft massiv. Zwei Stichworte: Das Stadtbuskonzept 2014 hat zu massiven Mehrausgaben geführt, da sind massive Subventionen dahinter. Zweites Stichwort FABI-Abstimmung 2014: Auch Bund und Kantone geben massiv mehr Geld für den öffentlichen Verkehr aus. Das sind auch Subventionen, die die Frauenfelder Steuerzahler bezahlen. Nur weil es eine andere staatliche Ebene ist, weil es der Kanton oder der Bund bezahlt, sind das schlussendlich auch wir Steuerzahler, die das berappen. Und aus diesen Gründen bin ich der Meinung, wir müssen die Benutzer des öffentlichen Verkehrs angemessen an den Kosten beteiligen und ich bitte Sie daher, diesen Antrag abzulehnen.

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent im eigenen Namen: Ich spreche mit einem bürgerlichen Gedankengut. Ich sage Nein zu beiden Anträgen. Als GPK-Mitglied, die an einer seriösen, gut bearbeiteten Sitzung teilgenommen hat, mache ich fast den Kopfstand, dass ich jetzt noch zwei Anträge vor mir habe, die nicht für das lachsfarbene Papier sprechen. Die GPK-Lösung ist aus meiner Sicht sehr durchdacht und breit abgestützt entstanden. Wie es mein Kollege Thomas Gemperle schon gesagt hat, wird der Stadtbus seit 2014 durch den Netzausbau massiv mehr subventioniert. Es war die Meinung des Gemeinderats 2012, dass die Subventionen auf den Ticketpreisen zurückgefahren werden müssen. Ich habe auch noch kurz ein Wort zum SP-Antrag: Über diesen Antrag müsste ich eigentlich einen Gegenantrag stellen, der die Subventionen der Ticketpreise gänzlich streicht. Ich unterlasse dies aber. Beim Antrag der CVP/EVP geht es um die Tageskarten, die um CHF 1.20 subventioniert werden. CHF 1.20 für Leute, die zehn Mal im Jahr den Stadtbus benutzen. Ich bin nicht der Ansicht, dass CHF 12 entscheidend sein werden, ob man den Stadtbus benutzt oder nicht. Das Lösen der Tickets war auch noch ein Thema. Ich denke, es wäre sinnvoller, eine Investition zu machen, die einmalig ist, um die Tickets einfacher zu lösen, als den Ticketpreis zu subventionieren. Es handelt sich hier um 5,6 Prozent erwachsene Passagiere, die Einzeltickets lösen, auf die Gesamtbenutzer. Das ist eine sehr kleine Gruppe, die davon profitiert, die den Stadtbus braucht, wenn es aus ihrer Sicht nötig ist. Ich denke, diese Schicht ist auch bereit, dafür zu bezahlen. Die Leute haben für andere Sachen auch Geld. Zum Beispiel für Nahrungsmittel muss man heute nur noch 7 Prozent ausgeben. Jeder hat das neueste Natel, dafür hat man auch Geld. Dann wird es wohl noch ein wenig Geld übrig haben, um den öffentlichen Verkehr zu bezahlen. Dann komme ich zur Bewegung: Ich denke mal, die Fitnesscenterabos werden zum Teil von der Krankenkasse finanziert. Und die Stadt möchte für die Bevölkerung den Stadtbus möglichst attraktiv machen. Ich kann es gegenüberstellen gegenüber dem Auto: Ein Velofahrer steigt auf den Stadtbus um oder ein Fussgänger steigt auf den Stadtbus um. Da sind wir bei der gleichen Geschichte. Was passiert, wenn der OTV-Tarif stark erhöht wird? Dann geht die Subventionsschere auf, ohne dass wir es richtig kontrollieren können. Dann sprechen wir vielleicht nicht mehr von CHF 160'000 Subventionen, sondern vielleicht ist es dann ein Stück mehr. Ich kann nicht Kaffeesatz lesen. Darum kann ich auch darüber keine Zahl sagen. Und die Bevölkerung wird immer dazu aufgerufen, sich zu bewegen. Mit der Subventionierung des Stadtbusses wird dies nicht gefördert. Nochmals: Es wäre sinnvoller, dass die Tickets einfacher zu lösen wären, als die Tickets mit dem Giesskannenprinzip, wie es auch schon erwähnt wurde, auf Tagestickets zu subventionieren.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass: Ich möchte auch noch rasch das Wort an meine Kollegen aus der SVP richten zum Thema Subventionierung. Wie das Kollege Christ schon angefan-

gen hat, berechnen Sie doch mal, wie viele Kilometer die Stadt einem Autofahrer oder einem Velofahrer oder einem Kinderwagenschieber wie mir nachschiebt. Ich möchte hier also nur noch einmal festhalten, wir Steuerzahler, wir alle, wir lassen uns unsere Mobilität etwas kosten. Da sind wir uns wohl einig darüber. Wir lassen sie uns ziemlich viele Millionen kosten für die Strassen und wir lassen sie uns gut CHF 2 Mio. kosten für den öffentlichen Verkehr. Das ist es uns offenbar wert, sonst nehme ich an, hätten Kollege Gemperle und Kollegin Zahnd da etwas unternommen, statt hier das abzumahlen. Deshalb finde ich es an der Realität vorbeigeschaut, dass Sie das bei jeder Debatte etwas gebetsmühlenartig nochmals wiederholen. Es ändert die Realitäten nicht. Und der starre Blick mit Scheuklappen auf die Kosten, da verpassen Sie vielleicht manchmal etwas, was das Ganze uns ja auch bringt.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im eigenen Namen: Ich spreche mit einer Erfahrung von wohl etwa 20 Jahren Stadtbusskommission und Kommission für den öffentlichen Verkehr. Sie können mir glauben, ich musste in dieser Kommission viel lernen. Ich hoffe, die anderen haben auch etwas gelernt. Seit dem Bestehen des Stadtbusses Frauenfeld ist das ein Unikum. Viele Leute, die Alten hier drin wissen es, viele Leute sind schauen gekommen, wie der Stadtbus Frauenfeld funktioniert und wie das in Frauenfeld läuft. Das Schönste daran war eigentlich immer das Phänomen der Einzelbillette. Ich war immer Verfechter, dass man diese Leute nie vergrault. Es wurde heute gesagt, das sind keine eigentlichen Nutzer des ÖV, sondern das sind Autofahrer, die einfach gelegentlich unseren Bus nutzen. Das ist eigentlich das Wichtigste, was wir wahren müssen. Wenn ich diese Botschaft anschau, dann sind es, gesetztenfalls, dass alles gleich läuft und alle gleich viel fahren, rund CHF 300'000 Mehreinnahmen. Wir haben in unserer Fraktion ganz klar gemerkt, dass der Stadtrat hier einen riesigen Spagat macht, wenn er da etwas subventionieren will. Dann hatten wir eine Idee, das ist die Idee, aus der wir nun einen Antrag formuliert haben. Es ist ja ganz einfach, liebe Kollegen aus der bürgerlichen Seite, wenn unsere Erwartungen nicht stimmen, dann hattet ihr recht, dann kaufen alle 80'000 Personen für CHF 3.10 ein Billett. Wir subventionieren mit CHF 20'000 die wenigen, die Tageskarten kaufen, wenn überhaupt. Dann hattet ihr recht und wir haben CHF 300'000 mehr Einnahmen. Super. Ich glaube, damit sind wir alle zufrieden. Wenn ihr nicht Recht habt, passiert das, was ganz schlecht ist. Wenn wir die 80'000 Fahrten vergraulen, weil sie sagen, jetzt erhöhen die wilde Cheibe die Tarife dermassen, ich fahre nicht mehr Stadtbus, dann haben wir das Notfallszenario. Wir haben gesagt, dann können wir ihnen klarmachen, wenn ihr hinauf zum Spital oder zum Mc Donald's geht, dann löst eine Tageskarte, das ist billig und ihr könnt den ganzen Tag fahren, es reicht sicher für hinauf und retour. Im Prinzip ist es nichts anderes als ein Notfallschirm, den wir hier einbauen wollten. Und wenn es so ist, dass die rechte Seite hier im Saal Recht hat, dann sind wir uns alle einig, dann sind wir happy. Aber es könnte auch sein, dass es falsch ist. Dann würde unser Notschirm wichtig. Daher bitte ich Sie, den Antrag unserer Fraktion zu unterstützen.

Gemeinderat Pascal Frey: Ich möchte Ihnen einfach noch einen kurzen Gedanken zur Defizitdeckung mitgeben. Ja, wir bezahlen diese CHF 2,3 Mio. Defizit, die wir jedes Jahr haben. Aber diese werden mit höheren Tarifen auch nicht kleiner. Sondern dieses Defizit wird eher erhöht, da höhere Tarife ja eher dazu führen, dass weniger Leute den Bus benützen werden, wodurch der Kostendeckungsgrad eher noch sinkt. Letztlich werden wir unter dem Strich kaum etwas gewinnen.

Stadtrat Urs Müller: Vielleicht eine ganz kurze Replik an Gemeinderat Christ: Sie können davon ausgehen, dass wir uns jeweils wehren, wenn seitens OTV etwas entgegen unserem Sinn läuft. Auch gegen die Abschaffung der Lokalzone haben wir uns gewehrt. Aber es ist so, wir

haben da nicht so viel Gewicht. Deshalb bin ich auf die Extremvariante, was wäre denn bei einer Rückweisung, Ausstieg aus dem OTV, gekommen.

So wie ich es momentan sehe, haben wir zwei Anträge: Seitens SP belassen. Das heisst, Sie kennen die Zahl, die wäre bei CHF 330'000 für die Subvention. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Der Antrag der CVP/EVP: Zuerst einmal zum Zahlenspiel: Der Stadtbus hat 2,5 Mio. Einsteiger pro Jahr, Stand 2015. Die 80'000 erwähnten gelegentlichen Fahrten sind demnach rund 3 Prozent aller Stadtbusfahrten.

Dann zu einer Fehleinschätzung betreffend Einnahmen: Da muss ich korrigieren. So einfach ist das nicht, wenn es CHF 300'000 Mehreinnahmen gibt, dass diese uns zugerechnet werden. Nicht jeder Franken, der im Stadtbus eingenommen wird, bleibt auch beim Stadtbus. Vereinfacht erklärt: Sämtliche Einnahmen werden dem Ostwind abgegeben, dieser verteilt die Einnahmen aufgrund der Ticketart, der Personenkilometer und Anzahl Einsteiger. Von den gesamten Einnahmen im Ostwind erhält der Stadtbus ca. ein Prozent. An den für die Zone 921 verkauften Artikeln ist der Anteil höher. Jedoch müssen die Einnahmen mit der Frauenfeld-Wil-Bahn, Turbo, SBB und Postauto geteilt werden. Der Stadtbus profitiert aber auch von Pendlern, die mit dem Velo an den Bahnhof fahren und beispielsweise nur den Turbo nutzen. Fazit: Mehreinnahmen beim Stadtbus wirken sich nicht direkt auf den Stadtbus aus. Wichtig sind die Gesamteinnahmen des Tarifverbands. Die Subventionen, Sie haben es gehört, würden bei diesem Vorschlag oder Antrag auf CHF 160'000 steigen, aber es wurde auch gesagt, und ich möchte das nochmals unterstreichen, die Abschätzung ist wirklich schwierig. Der Stadtrat ist der Meinung, auch wenn ich heute die verschiedenen Ideen und Vorschläge wie eigentlich bei jeder Stadtbustarifvorlage gehört habe, einen austarierten Vorschlag gebracht zu haben. Dies im Hinblick darauf, dass wir im Rahmen des Mobilitätskonzepts 2030 auch das Projekt Smart Mobility stützen wollen und hierfür auch Mittel aufwenden wollen für gezielte, auch bei den Erwachsenen greifende Anreize. Wenn nun die Subventionen erhöht werden, wird der finanzielle Spielraum für solche Anreizmassnahmen kleiner. Selbstverständlich werden wir solche Massnahmen im Budget vorlegen. Zudem stellt sich die Frage, soll man wirklich Gelegenheitsfahrer finanziell unterstützen? Oder sollte, wie wir es auch gehört haben, für diese Personen oder ganz allgemein nicht der Zugang zum ÖV vereinfacht werden? Auch Gemeinderat Elliker hat dies erwähnt. Wir sehen hier das grössere Hindernis für Gelegenheitsfahrer, der Zugang zum ÖV, nicht unbedingt an erster Stelle der Preis. Gestern war es in den Medien, Postauto, unser aktueller Betreiber des Stadtbusses, testet ein neues Ticketsystem mit vereinfachter Abrechnung per Handy in Sitten. Ich kann Ihnen sagen, dieses Thema ist wirklich schon länger präsent, wir werden da dranbleiben. Deshalb bitte ich Sie, im Sinne des austarierten Vorschlags des Stadtrats diesen Antrag der CVP/EVP abzulehnen.

Gemeinderat Christoph Regli: Wir haben von Stadtrat Urs Müller konkrete Zahlen gehört und mich würde jetzt wundernehmen, wie er zu diesen kommt. Drei Prozent der Einsteiger seien die Einzelticketnutzer. Er rechnet 2,2 Millionen Einsteigesituationen und 80'000 Tageskarten. Wer sagt mir aber, dass ein Tageskartenbenutzer diese nicht mehrfach nutzt? Und umso mehr der Jahresabofahrer? Ich nehme an, dieser Fahrer benutzt viel mehr den Stadtbus als der Tageskartenfahrer oder der Einzelkartenfahrer. Also diese Zahl ist sicher völlig falsch. Wir redennämlich von einer grossen Zahl von Steuerzahlern, die dadurch betroffen sind. Es sind nicht einfach drei Prozent der Fahrgäste. Es sind markant mehr Fahrgäste und es sind viele Steuerzahler, die betroffen sind, die von einer solchen Situation profitieren würden und eher bereit sind, mit den Steuern den Stadtbus zu unterstützen, wenn sie auch zu vernünftigen Preisen davon profitieren können.

Stadtrat Urs Müller: Wie die Rechnung gemacht wurde, habe ich Ihnen gesagt. Ob diese dann zutrifft oder nicht, das bleibe dahingestellt. Ich glaube auch nicht, dass das der matchentscheidende Punkt ist. Es wurde lediglich diesen 80'000 gelegentlichen Fahrten die Ingesamteinsteiger gegenübergestellt. Das ist alles. Da können Sie lange den Kopf schütteln und eine andere Meinung haben, aber ich glaube nicht, dass das der matchentscheidende Punkt ist.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wir haben zwei gestellte Anträge gehört. Über diese werde ich bei der Abstimmung der Anträge der Botschaft abstimmen lassen.

Abstimmung

Antrag 1: Der Anpassung der Stadtbustarife (Ostwindzone 921) an die neuen Einzonentarife des Tarifverbunds Ostwind mit Ausnahme der Tarife in Ziff. 2 wird zugestimmt (nicht berücksichtigt sind allfällige Preiserhöhungen).

Antrag der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Der Anpassung der Stadtbustarife (Ostwindzone 921) an die neuen Einzonentarife des Tarifverbunds Ostwind wird nicht zugestimmt. Die Preise werden auf dem Niveau von 2016 belassen. (Nicht berücksichtigt sind allgemeine Preiserhöhungen).

Antrag der Fraktion CVP/EVP: Zusätzlich zur vorgeschlagenen Subventionierung der Kindertarife werden die Tarife für Tageskarten in der OTV-Zone 921 wie folgt festgelegt: Erwachsene CHF 5, Halbtax CHF 4, Kinder 6-16 Jahre CHF 3. Multitageskarten kosten entsprechend diesen Einzelpreisen und geben keine zusätzlichen Vergünstigungen.

Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Wir stellen die beiden Anträge der SP/Gewerkschaftsbund/JUSO dem Antrag der Fraktion CVP/EVP gegenüber. Den obsiegenden Antrag werde ich dem stadträtlichen Antrag in der Botschaft gegenüberstellen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Ich mache Ihnen beliebt, dass wir das nicht so machen. Wir dürfen das auch nicht so machen, weil es drei gleichgeordnete Anträge sind. Der Antrag des Stadtrats ist ja draussen. Aber wir haben den Antrag der GPK und die beiden Anträge der Fraktionen, die jetzt gegenübergestellt werden sollen. Wenn wir jetzt nur zwei einander gegenüberstellen, können die, die gegen beide Anträge sind, für den stimmen, den sie schlecht finden, in der Hoffnung, dass dieser dann am Schluss herunterfällt. Das geht nicht. Man könnte genauso gut sagen, wir stellen den GPK-Antrag dem SP-Antrag gegenüber und dann diesen der CVP. Das wäre auch nicht richtig. Wir haben drei gleichwertige Anträge. Alle können beschlossen werden, unabhängig voneinander. Dann bestimmt Art. 51 Abs. 2, dass man die nebeneinander ins Mehr setzen muss. Jedes Mitglied kann nur für einen Antrag stimmen. Und wenn keiner dieser drei Anträge das absolute Mehr erreicht, dann wird über die anderen beiden Anträge abgestimmt. Hier steht: „Erhält in der ersten Abstimmung kein Antrag die absolute Mehrheit der Stimmen, wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen erhielten, aus der Abstimmung fällt. Dann wird die Abstimmung in gleicher Weise über die verbliebenen Anträge fortgesetzt.“ Wenn alle nur das relative Mehr erreichen, werden die beiden, die am wenigsten Stimmen haben, einander gegenübergestellt und dort sagt man, welcher wegfallen soll.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Ich mache fünf Minuten Pause und bitte die Fraktionspräsidenten, zum Büro zu kommen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wir haben das Rätsel gelöst. Es geht darum, dass jeder Gemeinderat sowohl zum GPK-Vorschlag des lachsfarbenen Papiers wie auch zum CVP-Vorschlag seine Stimme abgeben kann.

Wir stimmen zuerst so ab und stellen den SP-Antrag gegenüber dem lachsfarbenen Papier. Der SP-Antrag betrifft Antrag 1 der Botschaft. Ich formuliere ihn nochmals: „Der Anpassung der Stadtbustarife Ostwindzone 921 an die neuen Einzonentarife des Tarifverbunds OTV wird nicht zugestimmt. Die Preise werden auf dem Niveau von 2016 belassen. (Nicht berücksichtigt sind allgemeine Preiserhöhungen.) Diesen Antrag stellen wir gegenüber dem lachsfarbenen Papier der GPK, das Sie vor sich haben.“

Abstimmung

Antrag Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:	Stimmen:	12 Stimmen
Antrag GPK:		25 Stimmen
Enthaltungen		

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Somit ist der SP-Antrag hinausgefallen und das lachsfarbene Papier der GPK hat obsiegt.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CVP/EVP wird mit 19 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Sind Sie einverstanden, dass der Antrag 2, der dem lachsfarbenen Papier entspricht, über den wir bereits abgestimmt haben, somit angenommen wurde? – Besten Dank.

Antrag 3 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Damit haben wir das Gemeinderatsschiff nach vielen oder vielleicht trotz vielen Manövern wieder sicher in den Hafen gebracht. Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit, Ihr Interesse und Ihre Mitarbeit. Die wunderschöne jahreszeitliche Blumendekoration erfreut uns alle immer wieder. Herzlichen Dank der Stadtgärtnerei. Nicht vergessen möchte ich die guten Geister des Hausdiensts um Beat Dürger, auch Ihnen herzlichen Dank. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 18. Mai um 18 Uhr statt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr
